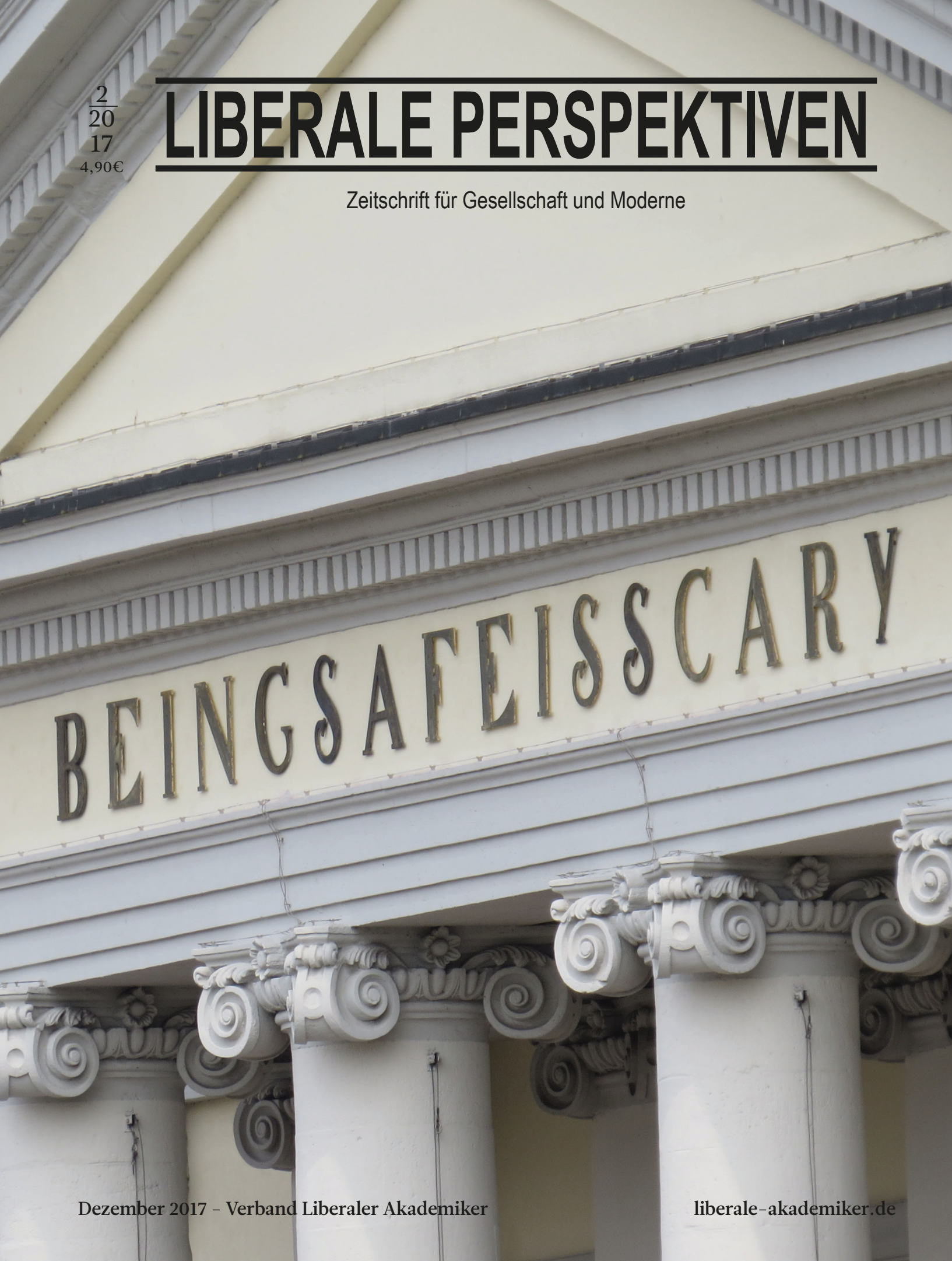
2
20
17
4,90€

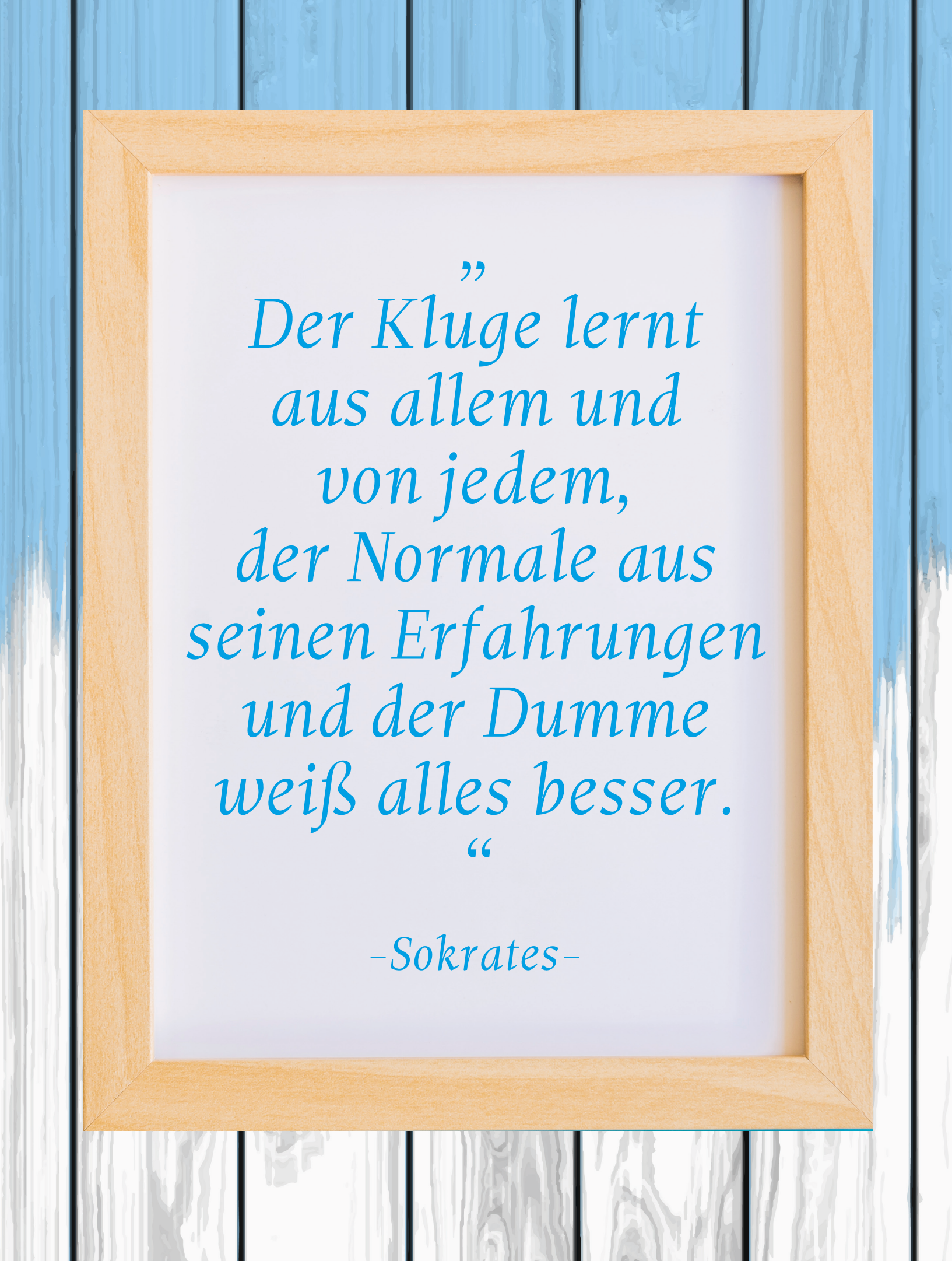
# LIBERALE PERSPEKTIVEN

Zeitschrift für Gesellschaft und Moderne




Dezember 2017 – Verband Liberaler Akademiker

liberale-akademiker.de


„
Der Kluge lernt
aus allem und
von jedem,
der Normale aus
seinen Erfahrungen
und der Dumme
weiß alles besser.
“
-Sokrates-

2- 2017

# INHALTSVERZEICHNIS


| | |
|---|---|
| Editorial | 03 |
| Impressum | 13 |
| Bücherschau | 27 |
| Beitrag des LHG | 42 |

04
ZEITGESPRÄCH
**NRW–Digitalminister: Eine neue Gründerzeit schaffen**
*Interview mit Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein–Westfalen*
*geführt von Brigitte Bremer*

07
ESSAY
**Islamwissenschaften und Islamische Theorie – Gemeinsamkeiten und Differenzen in Theorie und Praxis**
*von Felix Engelhardt*

14
ZEITGESPRÄCH
**Erste liberale Ministerin für Schule und Bildung in NRW**
*ein Interview mit Schulministerin Yvonne Gebauer*
*geführt von Brigitte Bremer*

18
ESSAY
**Experimentierfeld Lehrerausbildung und die Folgen**
*von Prof. Dr. Hans Peter Klein*

21
ZEITGESCHICHTE
**Analyse und Kritik der Politischen Ökonomie von Karl Marx – Eine liberale Perspektive**
*von Dr. Thorsten Lange*

25
ZEITGESCHICHTE
**Die Zukunft der Universitäten im Arabischen Raum**
*von Prof. Dr. Elias Baydoun, Prof. Dr. John Hillman, Prof. Dr. Bernd Markert und Dr. Simone Wünschmann*

29
ARCHIV
**Der Wahrheit auf der Spur**
*von Prof. Dr. Klaus Allerbeck*

35
LIBERALES DENKEN
**Fachhochschule oder University of Applied Sciences?**
*von Dr. Ralf–Rainer Piesold*

43
AUSLOBUNG
**ARNO–ESCH–Preis**
*von Prof. Dr. Günther Heydemann*

# NACH VORNE GEBLICKT

Es ist liegt wohl in der Natur der zweiten und damit auch letzten Ausgabe des Jahres der LIBERALEN PERSPEKTIVEN einen Blick zurückzuwerfen. Auf dem diesjährigen Pfingstseminar widmeten wir uns der Wissenschaft, ja gezielt der Wissenschaftstheorie. An dem einen oder anderen Punkt dieses Seminars knüpft daher diese Ausgabe an.

Mein Blick ist dabei jedoch nach vorne gerichtet, das Vergangene stets im Hinterkopf behaltend. Eine Bundestagswahl liegt hinter uns. Mit einer neuen Fraktion Freier Demokraten wird der Liberalismus sich nun zukünftig wieder lauter in viele Debatten einmischen können. Es gibt ausreichend Baustellen, an denen Liberale wieder mitwirken müssen und es auch wollen.

Eine Baustelle davon stellt auf jeden Fall die Europäische Union dar. Dabei traue ich mich kaum, das böse Wort „Krise“ in den Mund zu nehmen. Zu viele Punkte  werden auf der europäischen Ebene damit verknüpft, über die bereits Regalkilometer Werke geschrieben worden sein dürften, da sie multipel sind.

Fakt ist: Der Leidensdruck ist bei weitem noch nicht so groß, dass grundlegende Reformen trotz all dieser Problem- und Konfliktfelder angestoßen worden sind. Und selbst wenn diese in Kürze greifbar wären, so ist nicht sicher gestellt, dass diese Reformen am Ende auch in einem liberalen Sinne wären.
Gerne wird, wie auch wieder jüngst von der hochgeschätzten Bundesjustizministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, einem europäischen Bundesstaat das Wort geredet. So sehr Frieden, Freiheit und Wohlstand mit der immer weiter entwickelten europäischen Idee einhergingen, so stelle ich mir persönlich die Frage, ob der Austausch kleiner „Nationen“ durch eine noch viel größer angelegte „Nation“ ein wirklich liberales Ziel sein kann. Gerade als Historiker stimmen mich die von Nationalisten im 19. Jahrhunderte formulierten Argumente gegen die „Kleinstaaterei“ nachdenklich, wenn es um die Verwirklichung eines Bundesstaats Europa geht.

Daneben treibt mich eine weitere Sorge um: Ein Bundesstaat Europa wäre ein Vielvölkerstaat. Auch diese hat Europa in seiner Vergangenheit schon gesehen. Faktisch existiert davon keiner mehr, sie sind implodiert, wie die Sowjetunion oder Österreich-Ungarn, oder explodiert, wie Jugoslawien. Das Ende all dieser untergegangenen Staaten sorgte für weitreichende Verwerfungen, die bis in die Gegenwart nicht nur Schatten werfen. Daher die Frage: Lernen Politiker in Europa, lernen wir Liberale wirklich aus der Geschichte?

Hinsichtlich der Ziele, das heißt vor allem die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand, können wir Liberale uns schnell verständigen. Über die Mittel muss weiter diskutiert werden. Lassen Sie uns diese Debatte in den kommenden Monaten führen!

Ihr

*Präses des VLA*

# ZEITGESPRÄCH
# NRW-DIGITALMINISTER: EINE NEUE GRÜNDER-ZEIT SCHAFFEN

*mit Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen*

*geführt von Brigitte Bremer*

*Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) ist seit dem 30. Juni 2017 Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann studierte er bis 1987 Volks- und Betriebswirtschaftslehre in Münster und Bonn, wo er 1991 promovierte. Im Anschluss leitete er das Büro des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, bevor er seine wissenschaftliche Laufbahn mit Professuren in Düsseldorf und Siegen fortsetzte. 2002 wurde er Mitglied des Deutschen Bundestags und Landesvorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen. Von 2005 bis 2010 war er Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie Stellvertretender Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. 2011 erfolgte der Wechsel zurück in die Wissenschaft. Bis Juni 2017 war er Rektor der HHL Leipzig Graduate School of Management und Lehrstuhlinhaber für Innovationsmanagement und Entrepreneurship.*

*Herr Prof. Pinkwart, als Sie zu Pfingsten an unser Podiumsdiskussion in der Theodor-Heuss-Akademie teilnahmen, waren Sie noch Rektor der Handelshochschule Leipzig und uns interessierte Ihre Meinung zur wissenschaftlichen Ausbildung an den Universitäten. Seit Ende Juni 2017 sind Sie Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie in Nordrhein-Westfalen.*

*Herr Minister, Sie sind erster NRW-Digitalminister. Wenn meine Recherche stimmt, sind Sie auch erster Minister auf Landesebene mit diesem Titel. Warum legen Sie Wert auf die gesonderte Nennung?*

Nirgendwo sonst in Deutschland finden Sie so viele Weltmarktführer, Hidden Champions und Forschungsinstitutionen auf so engem Raum. Wir bringen für Nordrhein-Westfalen eine moderne Wirtschafts- und Innovationspolitik auf den Weg, die auf die Chancen der Digitalisierung setzt und neue innovative Geschäftsmodelle fördert. Ziel ist, etablierte Unternehmen mit jungen Start-ups und Hochschulen zusammenzubringen und dabei regionale Stärken auszubauen. Damit wir das große Potenzial solcher Kooperationen besser nutzen können, setze ich mich als Digitalminister für optimale Rahmenbedingungen ein.

**« Ziel ist, etablierte Unternehmen mit jungen Start-ups und Hochschulen zusammenzubringen und dabei regionale Stärken auszubauen. »**

*Sich für Innovation einzusetzen war Ihnen schon immer wichtig. Herr Minister, Sie haben angekündigt eine Art Rheinisches Silicon Valley im Raum Aachen, Bonn, Köln und Düsseldorf anzustoßen. Was müssen wir uns darunter vorstellen und weshalb bevorzugen Sie diese Standorte?*

Wir müssen die Kompetenzen bündeln, um eine neue Gründerzeit in NRW zu schaffen. Das Silicon Valley ist ja vor allem deshalb so erfolgreich, weil die Gründer, Forscher und Investoren sich eng austauschen. Die Städte Aachen, Bonn, Köln und Düsseldorf – ich nenne sie die ABCD-Region – sind in der Forschungsexzellenz schon jetzt auf Augenhöhe mit Berlin und München.
Die Region ist ein Powerhouse, aber die Standorte können noch stärker vernetzt und nach außen sichtbar sein. Es wächst die Erkenntnis bei den Akteuren, dass alle zusammen noch schlagkräftiger sind und bei Investoren und Kunden noch besser ankommen als jeder für sich. Das wollen wir befördern.

*Die Breitbandentwicklung Deutschlands liegt im internationalen Vergleich auf den hinteren Plätzen. Wie ist der Stand in NRW und was haben Sie hier vor?*

Über 82 Prozent der Haushalte in Nordrhein-Westfalen sind mit Internetanschlüssen von mindestens 50 Mbit/s versorgt. Damit sind wir auf einem guten Weg, eine flächendeckende Grundversorgung im Land zu erreichen. Trotzdem kann das nur ein Zwischenschritt sein. Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung sind flächendeckende hochleistungsfähige Netze. Mit unserem Ansatz „Glasfaser first“ wollen wir Nordrhein-Westfalen bis 2025 zu einem echten Gigabit-Land mit einer zukunftsfesten digitalen Infrastruktur machen.

Neben der Netzanbindung, die auch für eine digitalisierte Verwaltung unerläss-

lich ist, braucht es digitale Anwendungen, die den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Ämtern und Behörden erleichtern. Deshalb arbeiten wir mit Hochdruck daran, Verwaltungsprozesse schneller, effizienter und kostengünstiger zu organisieren, ohne dabei die notwendige Datensicherheit zu vernachlässigen. Dies hilft ganz besonders auch Start-ups, deren Bedingungen wir in NRW massiv verbessern wollen.

*Kommen wir auf die traditionelle Industrie in NRW zu sprechen, wie die heimische Braunkohle oder die kohlebetriebenen Kraftwerke. Welche Pläne verfolgen Sie hier?*

Die Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier ist derzeit noch unverzichtbar für die gesicherte Stromversorgung Deutschlands. Durch die Leitentscheidung „Eine nachhaltige Perspektive für das Rheinische Revier" wurde 2016 festgelegt, dass die Abbaufläche des Tagebaus Garzweiler verkleinert wird. Braunkohle in einer Größenordnung von ca. 400 Millionen Tonnen wird nicht mehr gefördert werden. Die neue Landesregierung hält an dieser Leitentscheidung fest. Durch den zunehmenden Ausbau der Erneuerbaren Energien ist von einer weiter sinkenden Stromerzeugung aus Braunkohle auszugehen. Damit befinden sich Braunkohleabbau und -verstromung in Nordrhein-Westfalen auf einem klaren Pfad, der Versorgungssicherheit, geordneten Strukturwandel und Klimaschutz gleichermaßen berücksichtigt.

*Was die wenigsten wissen, ist, dass NRW nach Baden-Württemberg ein wichtiger Standort der Autoindustrie ist. Der Dieselskandal hat viele Dieselautofahrer verunsichert. Welche Politik werden Sie bei dem Thema verfolgen?*

Wir wollen nichts erzwingen, sondern innovative Lösungen ermöglichen. So haben wir ein Sofortprogramm zum Ausbau der Elektromobilität entwickelt und fördern hierbei beispielsweise die Ladeinfrastruktur für Privatpersonen, Handwerker und Unternehmen mit 20 Millionen Euro. Mit dem Modellvorhaben „Emissionsfreie Innenstadt" stellen wir die Minderung von CO2 in den Mittelpunkt. Ich bin sicher, dass dieses Vorhaben intelligente, nachhaltige und innovative Mobilitätslösungen hervorbringen wird, die den Kommunen helfen, ihre Emissionsbelastungen zu reduzieren.

*Die Klimaziele, die Deutschland erreichen möchte, betreffen auch NRW. Was haben Sie vor, um die Emissionswerte zu reduzieren?*

Das Land Nordrhein-Westfalen nimmt im Rahmen seiner Zuständigkeiten die klimapolitische Verantwortung sehr ernst und nutzt alle Handlungsoptionen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Das im landeseigenen Klimaschutzgesetz festgelegte Ziel einer Emissions-Minderung von 25 Prozent bis 2020 wird voraussichtlich erreicht, beziehungsweise sogar übererfüllt. Maßnahmen hierfür sind unter anderem Klimaschutzwettbewerbe und Programme zur Einhaltung der Emissionsschutzwerte in den stärker belasteten Innenstädten. Die Landesregierung von NRW wird auch selbst ambitionierte Maßnahmen ergreifen und hat sich im Rahmen der „Klimaneutralen Landesverwaltung" das Ziel gesetzt, bis 2030 weitgehend klimaneutral zu arbeiten.

*Vielen Dank für das Gespräch, Herr Minister Pinkwart.*

# Islamwissenschaften und Islamische Theologie – Gemeinsamkeiten und Differenzen in Theorie und Praxis

*von Felix Engelhardt*

*Wie es zu diesem Artikel kam:*

*Dieser Artikel ist Ergebnis eines Vortrages von Professor Dr. Harry Harun Behr auf dem Pfingstseminar des VLA 2017. Der Vortrag hatte den Titel „Islamwissenschaften und Islamische Theologie – Gemeinsamkeiten und Differenzen in Theorie und Praxis" und reihte sich neben zahlreiche weitere Vorträge zum Themenkomplex „Wissenschaftstheorie und Wissenschaftspraxis".*

**Zum Auftakt die Sinnfrage**

Brauchen wir islamische Theologie und wenn ja, wofür? Um dies vorweg zu nehmen: Nur um Lehrpersonal auszubilden sicher nicht – davon ist Prof. Dr. Harry Harun Behr überzeugt.

Ihm zufolge ist die wichtigste Frage, die man sich in Bezug auf die islamische Theologie zu stellen habe, die nach Ziel und Zweck islamischer theologischer Forschung. Die Islamwissenschaften würden versuchen, den Islam von außen zu erklären. Die islamische Theologie habe jedoch einen grundsätzlich anderen Blickwinkel: Hier ginge es um den Blick von innen, um islamische Werte und Antworten und deren Bedeutung für die Gesellschaft.

Theologie, so Prof. Behr, müsse immer einen gesellschaftlichen Beitrag leisten. Lehrstühle für christliche Theologien seien nicht ausschließlich für die Ausbildung von Priestern und Lehrpersonal zuständig, sie würden genauso versuchen christliche Antworten auf heutige moralische Fragen zu finden. Um als eigenständige Wissenschaft existieren zu

können, müsse die islamische Theologie sich genauso mit moralischen, ethischen und gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen. Staatliche Stellen würden sich häufig Lehrstühle in islamischer Theologie als demokratieorientierte und extremismuskritische Ausbildungsstätten wünschen. Dies sei eine Blickrichtung, die zu kurz greife. Die Frage welche Inhalte und Ergebnisse theologische Forschung im Islam erzielt sei alternativlos, wenn selbige universitäre Ausbildung durchführen wolle.

Was sind die Antworten des Islam auf Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung? Wie steht der Islam zu autokratischen Machthabern? Wie positionieren sich Forschende und Lehrende zu Gewalt und traditionellen religiösen Strukturen? Diese und andere Fragen, so Behr, seien nur durch interdisziplinäre Forschung zu beantworten. Theologische Fragestellungen hätten hier stets auch eine politische, kulturelle und historische Dimension, die es durch gemeinsames Arbeiten zu ergründen gelte. Und als Teil einer hochqualifizierten Ausbildung von Studierenden sei auch die Auseinandersetzung mit solchen Fragen und Themen für die Lehrenden besagter Fächer im Rahmen der Forschung notwendig.

Im Kern argumentiert Prof. Behr damit keinesfalls für irgendein modernes oder besonders innovatives Konzept, sondern, ganz im Gegenteil, für den an deutschen Universitäten fest etablierten Grundsatz der Verbindung von Forschung und Lehre.

**Gute Forschung, gute Lehre**

Wird die deutsche islamische Theologie dieser Zielvorstellung gerecht? Prof. Behr ist nicht überzeugt. Häufig stände nur die Weitergabe von etablierten Lehrmeinungen im Fokus der Arbeit. Wie aber soll man der Radikalisierung von SchülerInnen vorbeugen, wenn man nicht versteht, was deren Ursachen sind? Oder wie auf Fragen zur kulturellen und religiösen Identität junger Menschen antworten, wenn man sich nicht zuvor mit den Herausforderungen von Migration(-sforschung) in Deutschland beschäftigt hat?

In anderen Ländern, in denen es islamische Theologie auf universitärem Level gibt, gebe es häufig lebendigere Forschung. In Deutschland sei selbige aber gerade erst im Entstehen begriffen. Wer heute in Deutschland islamische Theologie unterrichte, sei, in der Breite, nicht aus der islamischen Theologie, sondern häufig aus den Politik-, Sozial- und Islamwissenschaften. Bis die heutigen Studierenden in Deutschland erfolgreich eine akademische Karriere bis hin zu Professur hinlegten würden noch Jahre vergehen. Das Problem ist also in einer gewissen Art und Weise unumgänglich.

Was nicht unumgänglich sei, sei die Einstellung der Lehrenden an deutschen Universitäten. Behr berichtet, dass häufig junge Studierende aus dem islamischen Ausland kritischer gegenüber islamischen Lehren seien als viele seiner professoralen KollegInnen in Deutschland. Was im ersten Moment überraschend klingt rechtfertigt Prof. Behr damit, dass die kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Interpretationen religiöser Lehre an den großen etablierten islamischen theologischen Fakultäten und Seminaren im Iran, in Ägypten oder in anderen muslimisch geprägten Ländern selbstverständlich sei. Genauso wie es heute in Deutschland in den etablierten theologischen Fakultäten (hoffentlich) der Fall ist.

**Einig im Glauben?**

Doch wie bewerten etablierte Religionsgemeinschaften und theologische Fakultäten die islamische Theologie? Tatsächlich sind selbige einige der spannendsten Akteure bei den eben diskutierten Fragen. Zwar haben die meisten etablierten Religionsgemeinschaften im Vergleich zum Islam immer noch einen deutlich höheren Organisationsgrad – fast alle Personen, die sich beispielsweise als christlich bezeichnen sind Mitglied einer Religionsgemeinschaft – davon abgesehen haben sie aber schon seit Jahrzehnten mit zunehmenden Einflussverlust in der Gesellschaft zu kämpfen.
Um 1950 waren über 95% der Deutschen entweder Mitglied der katholischen oder der evangelischen Kirche, heute kommen beide zusammen auf unter 60%. Noch stärker als der Anteil der Kirchenmitglieder hat dabei der Anteil der praktizierenden Gläubigen abgenommen: Je nach Statistik besuchen um bis unter 15% der Deutschen mindestens einmal pro Monat eine Kirche. Nur wenige Religionsgemeinschaften konnten ihre Mitgliederzahlen auf niedrigem Niveau erhalten oder erhöhen und wenn, dann war dies, wie beispielsweise bei orthodoxen Christen, insbesondere dem Zuzug neuer Gläubiger geschuldet.

Was nach sehr grundsätzlichen Entwicklungen klingt, hat deutliche Auswirkungen auf den akademischen Alltag: die Zahl der Theologiestudierenden nimmt ab und in Priesterseminaren bleiben zahlreiche Plätze

**« In anderen Ländern, in denen es islamische Theologie auf universitärem Level gibt, gebe es häufig lebendigere Forschung. »**

unbesetzt. Kirchen bekommen Personalprobleme. Und die Bereitschaft von Universitäten, der Theologie zu Zeiten von knapper werdenden Grundmitteln einen zusätzlichen Teil selbiger zur Verfügung zu stellen, ist beschränkt. Wenig überraschend versuchen Religionsgemeinschaften dem entgegenzuhalten. Dabei stoßen sie auf das Problem, dass sie an vielen Hochschulen historisch gesehen überrepräsentiert sind. Hier bietet die islamische Theologie einen Anknüpfungspunkt: Dort ist neues und zusätzliches Angebot politisch gewollt.

*Professor Dr. Harry Harun Behr auf dem Pfingstseminar des VLA*

Prof. Behr erläuterte in seinem Vortrag dazu beispielhaft die Diskussion über die Einführung einer gemeinsamen Fakultät für Theologie an der Humboldt-Universität (HU) zu Berlin. Deren Einführung fordern in vorderster Front VertreterInnen der evangelischen und katholischen Theologie, begründet mit der Einführung der islamischen Theologie an HU. In der Debatte über die Verteilung von Mitteln bietet die Einbindung der islamischen Theologie damit die Möglichkeit für die etablierten Religionsgemeinschaften, den Anspruch die Gesamtheit der Gesellschaft zu vertreten zu erneuern.

Aber auch für die inhaltliche Arbeit kann die stärkere Auseinandersetzung mit der islamischen Theologie Möglichkeiten eröffnen. Beispielhaft sei hier die Philosophisch-Theologische Hochschule Sankt Georgen (PTH) aufgeführt. Dort wird im Rahmen eines Stiftungslehrstuhls „Katholische Theologie im Angesicht des Islam“ an einer privaten, von Jesuiten getragenen, katholischen Hochschule zusammen mit VertreterInnen der islamischen Theologie sowohl an praktischen religionsübergreifenden Themen als auch an grundlegenden Auslegungsfragen des Koran geforscht.

Mit einem ähnlichen Themenkomplex hat sich auch Prof. Behr bereits beschäftigt. Im Rahmen des Colloquium Fundamentale „Ethik heute. Fehlt uns ein Wertekompass?“ des „Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale“ (ZAK) an der Universität Karlsruhe ging es beispielsweise um das Thema „Ethik in den Religionen. Christliche und islamische Grundlagen“. Solche Diskussionen spielen auch in der evangelischen und katholischen Gemeinschaft zunehmend eine Rolle, hier sei weiter der Artikel „Offenes Haus für Gott“ im evangelischen Monatsmagazin „zeitzeichen“ genannt, in dem unser Gast Prof. Behr ebenfalls als Interviewpartner auftritt und mit den AutorInnnen über Koran, Dschihad, Scharia und die Gleichberechtigung von Frauen und Schwulen im Islam diskutiert – und das in einem Magazin evangelischer Landeskirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

**Mein Professor ist (k)ein Atheist**

Sind sich die Religionsgemeinschaften also im Großen und Ganzen einig? So einfach ist es selbstverständlich nicht. Ein paar strukturelle Unterschiede sind nämlich durchaus signifikant. Beispielsweise die der Lehrerlaubnis.

Religionswissenschaften zu unterrichten ist einfacher als Theologie zu unterrichten – zumindest an deutschen Hochschulen.

Während für ersteres die fachliche Eignung und eine entsprechende Berufung ausreicht, braucht es für letzteres auch das zugehörige Bekenntnis. Die Lehrerlaubnis in Theologie wird in Deutschland ausschließlich von den jeweiligen Bekenntnisgemeinschaften erteilt. Sie sei, so argumentieren selbige, notwendig, um Theologie unterrichten zu können.

Unser Dozent Prof. Behr zeichnet sich auch dadurch aus, dass er von zwei islamischen Bekenntnisgemeinschaften unabhängig voneinander eine Lehrerlaubnis innehat. Etwas, was bei den etablierten Bekenntnissen nicht vorstellbar ist: Evangelische Theologie als Mitglied der evangelischen Kirche, katholische Theologie als Mitglied der katholischen Kirche, aber niemand kann gleichzeitig evangelische und katholische Theologie unterrichten, die Mitgliedschaft in der einen Kirche schließt die in allen anderen aus. Christliche Theologie, als tatsächliches Gegenstück zur islamischen Theologie, welche mehrere Strömungen zulassen und vertreten kann, ist heute in Deutschland (noch) undenkbar. Islamische Theologie wird dagegen von Anfang an „ökumenisch" gedacht. Verbunden durch die Aussicht einer erstmaligen universitären Verankerung zeigt sich hier eine sehr hohe Kompromissbereitschaft bei den islamischen Bekenntnisgemeinden.

Als Blick über den Tellerrand: Deutschland ist bei weitem nicht das einzige Land, in dem traditionelle Theologie eine Reihe von Sonderregelungen unterliegt. In Österreich beispielsweise sind solche noch deutlich weitergehend. Während in Deutschland ausschließlich die Lehrenden das jeweilige Bekenntnis vorweisen müssen, ist es in Österreich üblich, dass auch Studierende – zumindest zum Abschluss – selbiges haben müssen.

Zur weiteren Information und als Einstieg in die Materie sei das Interview „Die Fakultäten sollten den Bekenntnisaspekt zurücknehmen" mit Frau Prof. Wohlrab-Sahr in der Neuen Züricher Zeitung empfohlen. Prof. Wohlrab-Sahr forscht selbst aus kulturwissenschaftlicher und soziologischer Perspektive unter anderem an der Rolle des Islam in westlichen Gesellschaften.
Wess' Brot ich ess, dess' Lied ich sing?

Immer wieder kehrt Prof. Behr in seinem Vortrag auf die Rolle des Staates zurück. Dessen grundsätzliche Absicht sei klar: Die Ausbildung von Lehrpersonal für den Islamunterricht an Schulen und von Imamen als religiösen Seelsorgern und Predigern solle in Deutschland gemäß des eigenen Wertesystems stattfinden und der Einfluss ausländischer Regierungen beschränkt werden. Der Radikalisierung junger Moslems gelte es entgegenzuwirken. Und vielleicht bringt das Einsetzen für islamische Theologie ja sogar die eine oder andere Stimme.

**« Christliche Theologie, als tatsächliches Gegenstück zur islamischen Theologie, welche mehrere Strömungen zulassen und vertreten kann, ist heute in Deutschland (noch) undenkbar. »**

Sind solche Ziele nachvollziehbar? Sicherlich. An der Debatte über politische Spiona-

ge durch DITIB-Imame gegenüber regimekritischen Gläubigen in Deutschland zeigt sich die Gefahr, die durch die Vermischung religiöser Institutionen und politischer Interessen eines (autokratischen) Regimes entstehen können. Die spannende Frage bleibt, inwiefern unsere staatlichen Institutionen besser sind als jene Vertreter Erdogans, denen wir vorwerfen aus politischen Gründen Einfluss auf Moslems in Deutschland nehmen zu wollen.

Prof. Behr schildert dazu das Gespräch mit einer bayrischen Ministerin. Thema war die Ausgestaltung von Lehrplänen. Da gibt besagte Ministerin direkt Rahmenbedingungen vor: „Auch Moslems halten sich an deutsche Gesetze“, das gelte es in den besagten Lehrplänen zu verankern. Das will Prof. Behr aber nicht und vertritt dies auch vehement bei seinem Vortrag. Woher der plötzliche Mangel an Verfassungstreue? Ein Blick in die Geschichte hilft weiter.

Eine solche Forderung fände sich in Lehrplänen für evangelischen und katholischen Religionsunterricht nämlich nicht, so Prof. Behr. Und dabei handle es sich um eine sehr bewusste Entscheidung, in Rückbesinnung auf deutsche Geschichte und den Terror des Nationalsozialismus. Das blinde Befolgen von Gesetzen und staatlichen Anordnungen ohne Rückbesinnung auf eigenes Gewissen und Werte, so der geltende theologische Konsens seit der Nachkriegszeit, könne und dürfe nicht Teil einer reflektierten Lehre an Hochschulen seien.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schildert in ihrem Artikel „Islam in Deutschland“ dazu beispielhaft auch die Sorgen mancher religiöser Muslime: Verbreitet ist die Angst, dass vom Staat ausgesuchte „Hoftheologen“ einen weichgespülten Islam vermitteln, um den Ansprüchen deutscher Politik zu genügen. Das wäre nicht mehr der wahre Glaube für viele hier. Ein junger Mann mit Vollbart sagt in die Runde: Der Koran sei die Wahrheit und dort stehe, dass Christen und Juden nicht aufhören werden, ehe sie die Muslime vom Glauben abgebracht hätten. „Was bedeutet das in diesem Zusammenhang?”

Für Prof. Behr bleibt am Ende nur, für die VertreterInnen seiner Fachrichtung Eigenständigkeit einzufordern. Sowohl gegenüber staatlichen Institutionen in Deutschland, als auch gegenüber den unterschiedlichen religiösen Strömungen im Islam. Und im Rahmen der islamischen Religionspädagogik zu ermöglichen, dass Lehrpersonal SchülerInnen an die „Herausforderungen des Grundsätzlichen” heranzuführen lehrt - was wahrscheinlich für allen Religionsunterricht unvermeidbar ist.

*Zur Person: Professor Dr. Harry Harun Behr lehrt seit 2014 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Schwerpunkte seiner Forschung sind Islam und Pädagogik, Fachdidaktik des Islamischen Religionsunterrichts, sowie Anthropologie und Bildungslehre des Korans. Zuvor war er als Lehrer tätig und zuletzt an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Professor für Islamische Religionslehre. Seit 2015 ist Behr auch Sprecher der DEGITS (Deutschen Gesellschaft für Islamisch-Theologische Studien).*

*Zum Autor:*
*Felix Engelhardt studiert an der RWTH Aachen Physik und ist Mitglied des VLA. Für die Liberale Hochschulgruppe Aachen war er im Allgemeinen Studierendenausschuss, im Parlamentspräsidium, im Fakultätsrat und im Senat.*

## IMPRESSUM

4. Jahrgang*, Heft 6
www.liberale-perspektiven.de
Auflage 1000
VLA – Verband Liberaler Akademiker
– Seniorenverband
Liberaler Studenten e.V.
*nach Neukonzeption und –gestaltung

## HERAUSGEBER
VLA – Verband Liberaler Akademiker
– Seniorenverband
Liberaler Studenten e.V.
Alexabder Bagus (Präses)

## CHEFREDAKTION
Brigitte Bremer
bremer@liberale-akademiker.de

## AUTOREN DIESER AUSGABE
Prof. Dr. Klaus Allerbeck, Alexander Bagus, Prof. Dr. Elias Baydoun, Brigitte Bremer, Benedikt Bente, Felix Engelhardt, Yvonne Gebauer, Prof. Dr. Günther Heydemann, Prof. Dr. John Hillman, Prof. Dr. Hans Peter Klein, Christian Krauss, Prof. Dr. Bernd Markert, Dr. Ralf-Rainer Piesold, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Simone Wünschmann

## BILDNACHWEISE
Brigitte Bremer; BVerfG;
Design.Sorgenfrei. UG (haftungsbeschränkt);
Pinkwart:„MWIDE NRW / Roberto Pfeil“
Ministerin Gebauer - Fotograf: Sascha Menge,
Dr. Thorsten Lange, Dr. Ralf-Rainer Piesold

## KORREKTORAT
Benedikt Bente,
Achim Groth

## DRUCK
Druck und Werte GmbH
Peterssteinweg 17, 04107 Leipzig

## LAYOUT
Design.Sorgenfrei.UG (haftungsbeschränkt)
Große Beckstraße 17, 44787 Bochum

## VLA
Gegründet 1955 in Bonn,
Registergericht: Amtsgericht
Berlin (Charlottenburg) VR 23444 B
Steuernummer: 27/680/58186
ISSN 2193-7133


*Für die Richtigkeit der Texte kann der Herausgeber keine Gewähr übernehmen. Alle Berichte und Beiträge sind nach bestem Wissen und Gewissen der jeweiligen Autoren zusammengestellt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

# Erste liberale Ministerin für Schule und Bildung in NRW

Ein Interview mit
Schulministerin Yvonne Gebauer
geführt von Brigitte Bremer

*In einem Ihrer ersten Interviews mit der Kölnischen Rundschau erwähnen Sie, dass die Schulpolitik eine Herzensangelegenheit für Sie ist. Dürfen wir erfahren warum?*

Bildung ist die alles entscheidende Zukunftsfrage. Für den Menschen persönlich und die Gesellschaft als Ganzes. Wer aufsteigen und vorankommen will, braucht eine gute Schulbildung als stabile Grundlage. Und unser Land ist auf kluge Köpfe angewiesen, um den Wohlstand auch in Zukunft zu sichern.

*Seit über 13 Jahren setzen Sie sich für eine bessere Schulpolitik ein. Welche Themen sind aus Ihrer Sicht die allerwichtigsten, die Sie als Schulministerin angehen möchten?*

Mit der Digitalisierung sind große Herausforderungen und Chancen verbunden. Sie erfasst alle Lebensbereiche, das Privatleben ebenso wie die Arbeitswelt. Deshalb gehört das Thema auch in unsere Schulen. Es gibt in Nordrhein-Westfalen viele gute Anknüpfungspunkte. Schülerinnen und Schüler arbeiten mit dem Medienpass, in dem sie ihre digitalen Kompetenzen dokumentieren können. Digitale Schulbücher werden erprobt. In einem Projekt entwickeln Grundschulen Informatikmodule für den Sachkundeunterricht und wir stellen Lehrerinnen und Lehrern mit LOGINEO NRW eine geschützte Arbeitsplattform im Internet zur Verfügung. All diese vielfältigen Ansätze werden wir weiterverfolgen und neue werden hinzukommen. Als nächstes sollen digitale Schlüsselkompetenzen Schritt für Schritt in allen Lehrplänen verankert werden.

*Von Arbeitnehmern verlangt man eine immer größere Mobilität, einschließlich des beruflichen Aufenthaltes im Ausland. Die Vereinbarkeit von Beruf und Kinder wird von der heutigen Generation ebenfalls mehrheitlich gewünscht. Ein Schulwechsel zwischen zwei Bundesländern gestaltet sich schwieriger als ein Schulwechsel ins Ausland und zurück. Sollte der Bund mehr Kompetenzen, was den Einfluss auf Schultypen und Unterrichtsinhalte betrifft, erhalten?*

Er sollte auf jeden Fall mehr Möglichkeiten erhalten, die Länder finanziell zu unterstützen. Nehmen Sie das Beispiel Digitalisierung. Eine Aufgabe, die von den Ländern alleine nicht zu stemmen ist. Neben der digitalen Ausstattung müssen wir die Schulen auch an ein leistungsfähiges Gigabit-Netz anschließen. Dafür brauchen wir die Unterstützung des Bundes. Der Digitalpakt ist ein Anfang, jetzt muss das Geld auch fließen.

*Wie stehen Sie zum zentral abgenommenen Abitur?*

In Nordrhein-Westfalen gibt es das Zentralabitur seit 2007. Das ist der richtige Weg. Zentrale Abituraufgaben dürfen aber nicht zu einer Absenkung des Niveaus führen. Deshalb ist es gut, dass wir auf der Ebene der Kultusministerkonferenz weiter an gemeinsamen Standards für das Abitur arbeiten. In diesem Jahr wurden in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch erstmals Aufgaben aus einem zentralen bundesweiten Aufgabenpool entnommen. In einem nächsten Schritt werden die Naturwissenschaften folgen. Das ist der richtige Weg, um bundesweit für mehr Vergleichbarkeit zu sorgen.

*Die Einführung des G8 wurde unter anderem deshalb gefordert, weil im europäischen Ausland die Schüler schon mit 18 Jahren ihren Baccalaureate erlangen. Warum möchten Sie wieder auf das G9 übergehen?*

Es hat zu keinem anderen bildungspolitischen Thema in Nordrhein-Westfalen so viele Proteste gegeben wie zur Schulzeitverkürzung. Die Vorgängerregierung hat es nicht geschafft, Ruhe in die Schulen zu bringen und ist mit ihren Versuchen gescheitert, den achtjährigen Bildungsgang am Gymnasium zu reformieren. Eine große Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen will zurück zum G9. Deshalb hat die neue Landesregierung eine Leitentscheidung für das G9 getroffen. 2019/20 stellen wir den Bildungsgang um und nehmen dann die Klassen fünf und sechs mit. Schulen,

die gute Erfahrung mit dem G8 gemacht haben, sollen aber auch dabei bleiben können.

*Die Kritik nimmt zu, dass der heutige Nachwuchs nicht mehr so viel Allgemeinbildung mitbringt, sondern schon früh Fächer abwählen kann, die er nicht mag. Wie stehen Sie zur Allgemeinbildung nach Humboldt?*

Das humboldtsche Bildungsideal ist nach wie vor aktuell. Dazu gehört, dass wir die Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen wieder stärker in den Vordergrund rücken. In den vergangenen Jahren ist dies leider immer mehr in den Hintergrund getreten. Die neue Landesregierung ist unter anderem auch angetreten, um die Fachlichkeit an unseren Schulen wieder zu stärken.

sichern auch die Versorgung unserer Schülerinnen und Schüler und tragen zur Bereicherung des Schulwesens bei. Der Gesetzgeber garantiert die Privatschulfreiheit. Dazu steht die Landesregierung.

*Die Europäische Gesetzgebung hat uns die Inklusion ins Haus gebracht. Wie sehen Sie dies und was soll aus Ihrer Sicht aus den Förderschulen werden?*

Inklusion ist ein Menschenrecht. Dazu steht die Landesregierung. In der Vergangenheit sind aber Fehler gemacht worden. Die Vorgängerregierung hat zu sehr aufs Tempo gedrückt und zu viel auf die Quote geachtet. Wir steuern deshalb bei der Inklusion um. Ab sofort bestimmt die Qualität das Tempo. Als eine meiner ersten Amtshandlungen habe ich die

**« Die Landesregierung will das vielfältige Schulsystem sichern und qualitativ weiterentwickeln. Dazu gehören übrigens auch die Förderschulen. »**

*Die deutsche Schullandschaft ist geprägt von unterschiedlichen Schultypen: Gymnasium versus Hauptschule, Realschule etc. Welcher Schultyp hat nach Ihrer Auffassung eine Zukunft und welcher nicht?*

Die Landesregierung will das vielfältige Schulsystem sichern und qualitativ weiterentwickeln. Dazu gehören übrigens auch die Förderschulen. Entscheidend ist aber vor allem eine bessere Lehrerversorgung an allen Schulen. Mittelfristig streben wir eine Lehrerversorgung von 105 Prozent an, besonders um den Unterrichtsausfall zu verringern.

*Die Anzahl an Privatschulen hat in den vergangen Jahren deutlich zugenommen. Für die eine oder andere Partei ist dies ein rotes Tuch. Wie sehen Sie dies?*

Ich stehe für die Schulfreiheit. Ersatzschulen in privater Trägerschaft

Mindestgrößenverordnung für die Förderschulen ausgesetzt. Ziel der Landesregierung ist, dass die Eltern eine echte Wahlfreiheit zwischen allgemeiner Schule und Förderschule erhalten. Das geht aber nur, wenn wir auch ein ortsnahes Förderschulangebot vorhalten können.

*Kommen wir zur Lehrerausbildung. Es heißt so schon im Volksmund: „Schüler können nur so gut werden wie ihre Lehrer." Wenn wir uns die Pisastudien vor Augen halten, dann hat Deutschland hier deutlich aufzuholen. Was können Sie zur Verbesserung der Lehrerausbildung beitragen?*

Die Lehrerausbildung ist besser als Ihr Ruf. Viele wissen nicht, dass es hier in den vergangenen Jahren seit PISA große Fortschritte gegeben hat. Die Ausbildung wurde auf Bachelor und Master umgestellt, der Vorbereitungsdienst wurde reformiert und heute absolvieren die Studierenden schon während des

Studiums ein Praxissemester, um dem sogenannten Praxisschock vorzubeugen. Außerdem gibt es heute Pflichtmodule zum Lernen mit digitalen Medien, zur individuellen Förderung und zum Thema Deutsch als Zweitsprache. Die Schulen können sich also auf motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer freuen.

*Die unterschiedliche Bezahlung der Lehrer, z.B. zwischen Grundschullehrern und Lehrern an Gymnasien, wird herangezogen, weshalb es zu wenig Lehrer an den Grundschulen gibt. Ist dies ein vorgeschobenes Argument?*

Die aktuelle Lehrerlücke an den Grundschulen ist vor allem auch auf die Verlängerung der Grundschullehrerausbildung von 2009 zurückzuführen. Sie hat dazu geführt, dass wir aktuell einen Engpass haben. Wir versuchen mit verschiedenen Maßnahmen gegenzusteuern, so zum Beispiel mit der Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern oder der Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern der weiterführenden Schulen. Das ändert aber nichts daran, dass wir uns mit dem Thema Besoldung beschäftigen müssen.

*Es gibt Beamte und angestellte Lehrer, dann die Arbeitslosigkeit in den Schulferien. Für wie wichtig halten Sie es, dies zu ändern?*

Die Landesregierung steht zum Berufsbeamtentum. Im Wettbewerb um die besten Köpfe muss das Land ein attraktiver Arbeitgeber bleiben. Deshalb werden Lehrerinnen und Lehrer in der Regel verbeamtet. Und beim Thema Sommerarbeitslosigkeit von Lehrerinnen und Lehrer gibt es in Nordrhein-Westfalen seit Jahren eine großzügige Regelung, die uns von anderen Bundesländern unterscheidet. Wer vor Beginn des zweiten Schulhalbjahres eine Vertretungsstelle bis zum Ende des Schuljahres antritt, wird auch in den Sommerferien beschäftigt. Das gilt ebenso für Lehrerinnen und Lehrer, die nach dem 1. Februar eine Vertretungsstelle antreten, wenn erkennbar ist, dass sie auch im darauffolgenden Schuljahr an der Schule beschäftigt werden.

*Was ist mit der Qualität der Gebäude? Hat ein marodes Gebäude Einfluss auf die Lernleistung der Schüler?*

Sicher, es gibt aber in Nordrhein-Westfalen eine klare Aufgabenteilung. Das Land ist für die Lehrpläne und die Lehrkräfte verantwortlich. Die Kommunen kümmern sich um die Gebäude und deren Ausstattung. Dabei unterstützen wir die Kommunen nach Kräften, zum Beispiel mit dem Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“ in Höhe von zwei Milliarden Euro. Damit können die Kommunen vor allem auch in die digitale Infrastruktur investieren. Darüber hinaus hat die Landesregierung den Weg dafür freigemacht, dass 1,2 Milliarden Euro aus dem Kommunalinvestitionsfördergesetz des Bundes für finanzschwache Kommunen zügig zur Verbesserung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden können. Nicht unerwähnt lassen möchte ich auch die Schul- und Bildungspauschale, die das Land den Kommunen zur Verfügung stellt und die ab 2018 auf 609 Millionen Euro jährlich angehoben wird.

*Vielen Dank für das Interview. Wir wünschen Ihnen alles Gute und eine erfolgreiche Umsetzung Ihrer Politik.*

Yvonne Gebauer, geboren am 2. August 1966 in Köln, verheiratet, ein Kind. Kauffrau. Seit 1982 Mitglied der FDP. Von 2004 bis 2012 Mitglied des Rates der Stadt Köln und bildungspolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion. Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen seit dem 31. Mai 2012. 2012-2017 Sprecherin für Schule und Weiterbildung der FDP-Landtagsfraktion. Seit Juni 2017 Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen.

# Experimentierfeld Lehrerausbildung und die Folgen

*von Prof. Dr. Hans Peter Klein*

Nicht erst seit der Hattie-Studie dürfte es auch dem gesunden Menschenverstand mehr als einleuchtend sein, dass eine gute Lehrerausbildung die Voraussetzung für guten Unterricht und damit für erfolgreiche Lernprozesse in den Schulen darstellt. Insbesondere seit PISA und Bologna ist es in den Bundesländern zu vielfältigen Lehrerbildungsreformen gekommen, die teilweise mit großer Akribie durchgeführt, aber keinesfalls aufeinander abgestimmt wurden. Deutschlands Lehrerbildung gleicht derzeit einem Flickenteppich, vom „Patient Lehrerausbildung" ist in der Zeitschrift Begegnung die Rede. In dem dort zutreffend beschriebenen „Ausbildungsdschungel" kennen sich selbst Experten kaum noch aus. Erstmalig stehen aber nicht nur unterschiedliche Strukturen der Lehrerausbildung auf dem Prüfstand. Auch die grundsätzliche Konzeption und die inhaltliche Gestaltung der verschiedenen Lehramtsstudiengänge, die Rolle des Lehrers im Unterrichtsgeschehen, der Umgang mit Integration, Inklusion und zunehmender Heterogenität bei gleichzeitig politisch gewünschter Bildungsexpansion stehen auf den Reformagenden ganz oben.

**Lehrerausbildung bis 2000**

War auch die Lehrerausbildung von den frühen 70ern bis in die späten 90er Jahren an den verschiedenen Universitäten nicht ganz einheitlich gestaltet, so glichen sich doch die Studiengänge strukturell, im zeitlichen Unfang und auch inhaltlich zumindest in weiten Teilen. In diesen Jahren gab es zwischen den Hochschulen kaum nennenswerte Anerkennungsprobleme sowohl von Teilstudiengängen als auch von Abschlussprüfungen in den einzelnen Fächern. Ein Wechsel

des Studienortes war daher für Lehramtsstudierende innerhalb der einzelnen Bundesländer meist ohne größere Probleme möglich. Einheitlich gab es Staatsexamina mit weitgehend ähnlichen Prüfungsanforderungen.

**Die Lehrerausbildung seit PISA und Bologna**

Durch die um die Jahrtausendwende eingeleitete Ökonomisierung der Bildung versuchten sich die einzelnen Bundesländer und auch die Hochschulen selbst nun gerade darin zu übertrumpfen, wer die angeblich fortschrittlichsten Konzepte in immer schnellerer Abfolge aufs Neue erfindet. Es ging keineswegs mehr darum, Bewährtes einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu unterziehen, als vielmehr darum, Reformen um der Reform willen zu generieren. In einer hektischen Betriebsamkeit wurden gerade in NRW die abstrusesten Lehrerausbildungsgänge aus der Taufe gehoben: Ba/Ma Studiengänge mit Lang- und Kurzfach, Einfachstudiengänge mit Bildungswissenschaften, gleichberechtigte Zweifachstudiengänge mit begleitenden oder nur im Hauptstudium zu absolvierenden Bildungswissenschaften, mit oder ohne Modularisierung, mit oder ohne polyvalentem Bachelor, mit oder ohne konsekutivem Master uvm.. Die Folge für die Lehramtskandidaten war verheerend. Selbst innerhalb NRW´s war es kaum noch möglich, den Studienort zu wechseln und das teilweise in einer Hochschullandschaft, in der die Standorte bei gutem Wetter in Sichtweite liegen.

Aktuell haben sich mehrere nicht kohärente Ausbildungswege in den einzelnen Bundesländern durchgesetzt. Länder wie Sachsen haben das frühzeitig eingeführte Ba/Ma-System für das Lehramt wegen Erfolglosigkeit wieder abgeschafft und sind zum Staatsexamen zurückgekehrt. Hessen und Mecklenburg-Vorpommern bleiben ebenfalls beim Staatsexamen. Rheinland-Pfalz hatte bereits frühzeitig auf einen acht- bis zehnsemestrigen Ba/Ma-Studiengang für die unterschiedlichen Lehrämter umgestellt. In NRW gibt es nach dem Chaos der 00er Jahre derzeit nur noch zehn-semestrige Studiengänge im Ba/Ma-System für alle Lehramtsstudiengänge, Hessen blieb dagegen bei seinen sechs- und achtsemestrigen Vorgaben. Es liegt auf der Hand, dass beispielsweise ein Wechsel nach erfolgreichen Bachelor aus NRW nach Hessen sich als unmöglich erweist, da dort das Studium dann bereits mit Staatsexamen abgeschlossen und ein Masterstudium nicht vorgesehen ist. In einigen Ländern gibt es derzeit Staatsexamen und Ba/Ma-Studiengänge parallel, mit oder ohne Anerkennung des Ba/Ma-Abschlusses als Staatsexamen, letzteres in Bayern.

**Die verhängnisvolle Kürzung der fachlichen Anteile in der Lehrerausbildung**

In den „Reformen“ der Bundesländer scheint eine Entwicklung einen breiten Konsens gefunden zu haben: Die teilweise drastische Reduzierung der fachlichen Ausbildung selbst in den beiden Fächern angehender Gymnasiallehrer. Grundlegende Kenntnisse im Fach scheinen für erfolgreiches Lernen nicht mehr nötig zu sein. So haben sich seit der Jahrtausendwende die Anteile der zu studierenden beiden Fächer sowie der Bildungswissenschaften gravierend verändert. Dass die Ausbildungsanteile in den Erziehungswissenschaften und in der Fachdidaktik ausgebaut werden sollten, ist sicherlich nicht zu kritisieren. Nicht zu akzeptieren ist bis heute aber die Art der Umsetzung: der deutlich hoch gefahrene Anteil der Bildungswissenschaften auf bis zu ein Drittel des Studiums wurde komplett den beiden Fächern entzogen. Viele der neuen Studiengänge sind dadurch charakterisiert, dass die Anteile entsprechend gesplittet sind: Je ein Drittel für die beiden Fächer und ein Drittel für die Bildungswissenschaften. Dies ist aber keinesfalls in allen Bundesländern der Fall, da einige bei der Umstellung den Bildungswissenschaften deutlich geringere Studienanteile zugewiesen haben, wie beispielsweise Rheinland-Pfalz oder auch das ein oder andere neue Bundesland, wodurch die Kürzungen in den Fächern erheblich geringer ausgefallen sind.

In den Siebzigern studierte man beispielsweise im Fach Biologie (mit verpflichtenden

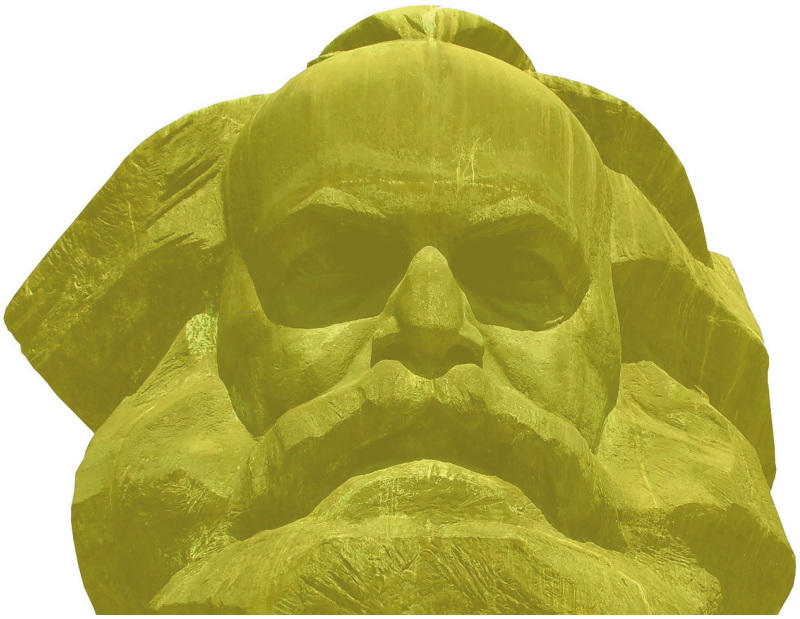
Anteilen in Chemie und Physik) für das gymnasiale Lehramt deutschlandweit rund 100 Semesterwochenstunden (SWS) im Fach bezogen auf die Gesamtstudienzeit. Dies wurde in den nachfolgenden Jahrzehnten schon leicht zurückgefahren, da spätestens in den 90er Jahren die Anteile an den Bildungswissenschaften und der Fachdidaktik auf bis zu 10% angehoben wurden, je nach Hochschulstandort und Bundesland in unterschiedlichem Maße. Nach der bis 2005 geltenden Studienordnung mussten die Studierenden an der Goethe Universität Frankfurt 42 SWS im Grundstudium und 47 SWS im Hauptstudium absolvieren, darin enthalten 7 SWS für die Fachdidaktik und 2 SWS für die schulpraktischen Studien. Dies entspricht bereits einer Kürzung der fachwissenschaftlichen Inhalte um rund 20%. Ab 2005 wurde dann in Hessen – wie in fast allen anderen Bundesländern auch – der Anteil der Bildungswissenschaften auf rund ein Drittel erhöht und die fachdidaktischen Anteile ausgeweitet, ohne das dafür das Studium verlängert wurde. Die entsprechenden SWS wurden komplett den beiden Fächern abgezogen. Wie die derzeitige modularisierte Studienordnung für den Hochschulstandort Frankfurt ausweist (2), verbleiben nach Abzug der Fachdidaktik nicht mehr als 52 SWS, eine Kürzung der fachwissenschaftlichen Ausbildung um nahezu 50%! An anderen Universitäten wurde entsprechend verfahren, teilweise wurden aber dort die Studienzeiten zumindest geringfügig verlängert oder die Anteile der Bildungswissenschaften weniger stark hochgefahren, sodass die fachliche Kürzung beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern mit rund 24% (hier sind 76 SWS in den Fächern zu absolvieren) weniger gravierend zu Buche schlägt. Auch die Fachdidaktik selbst musste beispielsweise in NRW ihre fachlichen Anteile zugunsten der Einrichtung von Inklusionsmodulen mit 5 Leistungspunkten im neuen Lehrerausbildungsgesetz (LABG) und der Lehramtszugangsverordnung (LZV) der rot-grünen Landesregierung hinnehmen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Neue Lernkultur, in denen sich die Lehrerolle auf den Status des Lernbegleiters im Rahmen selbstorganisierten und selbstgesteuerten Lernens mit Lernjobs, Kompetenzrastern und Lernwerkstätten vor allem in der zweiten Ausbildungsphase ideologisch verortet wurde. Eine Neue Lernkultur aus der konstruktivistischen Reformkiste, die längst nicht nur Hattie in seiner Metaanalyse als nicht wirksam für erfolgreiche Lernprozesse ausgewiesen hat. „Why Minimal Guidance During Instruction Does Not Work: An Analysis of the Failure of Constructivist, Discovery, Problem-Based, Experiential, and Inquiry-Based Teaching“ (3) heißt eine schon 2005 erschienene zusammenfassende Auswertung derartiger Unterrichtskonzepte, die in Deutschland jeder Referendar trotz besserem Wissen über sich ergehen lassen muss. Solange die Ideologen die Lehrerausbildung beherrschen, steht es schlecht um die deutsche Lehrerausbildung.

*Anmerkungen*

*(1) Schönrock, Kim Laura (2014) Patient Lehrerausbildung. Begegnung 01*
*(2) http://www.satzung.uni-frankfurt.de/2008/Lehramt/UniReportOrd_BioL31.pdf, 06.10.2017*
*(3) Kirschner, Paul A., John Sweller, Richard E. Clark (2005) Why Minimal Guidance During Instruction Does Not Work: An Analysis of the Failure of Constructivist, Discovery, Problem-Based, Experiential, and Inquiry-Based Teaching. EDUCATIONAL PSYCHOLOGIST, 41(2), 75-86*

*Prof. Dr. rer. nat. Hans Peter Klein ist Professor für Didaktik der Biowissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt a.M., Präsident der Gesellschaft für Didaktik der Biowissenschaften und Geschäftsführer der Gesellschaft für Bildung und Wissen.*



# Analyse und Kritik der Politischen Ökonomie von Karl Marx – *Eine liberale Perspektive*

*von Dr. Thorsten Lange*

Gegenstand des folgenden Artikels sind Darstellung und Kritik von Marx´ zentralen Aussagen über das kapitalistische Wirtschaftssystem. Zunächst sollen dessen Funktionsweise und inhärente Gesetzmäßigkeiten in Marx'schen Kategorien dargestellt werden, bevor diese im Lichte einer marktwirtschaftlichen Perspektive analysiert werden.

**Marx und die historische Phase des Kapitalismus**

Ausgangspunkt der Marx'schen Analyse der historischen Phase des Kapitalismus sind die methodischen und geschichtsphilosophischen Grundlagen von Materialismus und Dialektik. Materialismus meint hierbei die Annahme, dass die materielle Welt bzw. Umwelt als ursprüngliche Größe kausal ihrer Verarbeitung durch das menschliche Denken vorangeht. Das Bewusstsein ist dementsprechend eine derivative Größe. So bestimmt das Sein das Bewusstsein, auch wenn eine Feedback-Schleife nicht prinzipiell ausgeschlossen ist, es im Gegenteil im Laufe der menschlichen Entwicklung zu einer Wechselwirkung zwischen Sein und Bewusstsein kommen kann.
Dialektik ihrerseits ist eine Methode zur Gewinnung von Wissen, die sich an einer dreischrittigen Dialogform orientiert, bei der These, Antithese und Synthese aufeinander aufbauen. Hierbei wird der ersten Aussage eine zweite gegenübergestellt, die in Widerspruch zu ihr steht, ohne logisch ihr Gegenteil zu sein. Wären These und Antithese logische Widersprüche, würden sie sich gegenseitig aufheben und in die Aporie führen. So aber ist eine Verknüpfung widersprüchlicher Aussagen miteinander möglich. Dabei werden durch die Antithese Fehler der These ausgeschaltet. Gleichzeitig wird eine zusammenführende Lösung für die gegensätzlichen Teile der Aussagen von These und Antithese gefunden. Es entsteht die Synthese, die ihrerseits zur nächsten These wird, so dass ein infiniter Wissensge-

winn möglich ist, und zugleich eine immer weiter führende Entwicklung des Menschen. Die Verknüpfung von Materialismus und Dialektik legt die Funktionsweise der Geschichte dar und führt so zum historischen Materialismus, dessen zentrale Kategorien die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse darstellen.

Unter den Produktivkräften versteht Marx die Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit auf dem jeweils historisch erreichten Qualitätsniveau. Die Produktionsverhältnisse beschreiben die Organisation der Produktionsfaktoren und die Verteilung der erreichten Wertschöpfung unter den am Produktionsprozess Beteiligten. Da sich die Produktivkräfte durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt weiterentwickeln, verändern sich die Anforderungen an die Organisation der Produktionsfaktoren im Laufe der Zeit. Marxistisch formuliert kommt es zu Widersprüchen zwischen dem Stand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen, aus denen historische Umwälzungen resultieren. Die Menschheitsgeschichte durchläuft so verschiedene Phasen, von der Urgesellschaft über die antiken Sklavenhaltergesellschaften und den Feudalismus bis zum Kapitalismus, der vorerst letzten erreichten Stufe in der Entwicklung. Die historische Epoche des Kapitalismus wird durch einen unvorstellbaren technologischen Schub ausgelöst, der eine bis dahin unbekannte Produktivität des Produktionsfaktors Arbeit ermöglicht. Die Nutzung dieses technischen Fortschritts ist aber nur jenen Mitgliedern der Gesellschaft möglich, die über ausreichend Kapital verfügen, um den in Frage stehenden Maschinenpark zu finanzieren und gewerblich zu nutzen. Alle anderen können lediglich ihre Arbeitskraft in den Produktionsprozess einbringen. Da sie auf ein Einkommen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts, marxistisch formuliert zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft, angewiesen sind, sind sie in der Situation, einen Kontrakt mit den Eigentümern des Produktivvermögens, den Kapitalisten, schließen zu müssen, der aufgrund der Überzahl der nach unselbständiger Arbeit Suchenden zu deren Nachteil ausfällt. Die Proletarier erhalten lediglich den Lohn ausbezahlt, der ihr Existenzminimum abdeckt.

Die Arbeit, die die Proletarier erbringen, ermöglicht jedoch die Produktion von mehr Gütern als für die Sicherung ihres Existenzminimums unbedingt erforderlich sind. Jene Arbeit, die über das zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Maß hinausgeht, kommt vollständig den Eigentümern des Produktionsfaktors Kapital zugute. Die Proletarier leisten also Mehrarbeit und stellen ein Mehrprodukt her, dessen Gegenwert, der Mehrwert, ihnen vorenthalten bleibt. Ihre Arbeitskraft wird auf diesem Wege ausgebeutet. Die Ausbeutung wesentlich am Wirtschaftsprozess Beteiligter bildet ihrerseits die Grundlage für eine Anhäufung von Kapital in den Händen der Kapitalisten. Die Eigentümer des Produktionsfaktors Kapital können das gesamtgesellschaftlich geschaffene Nettoprodukt, also das Bruttoprodukt abzüglich der Kosten für alle Produktionsfaktoren, vereinnahmen und reinvestieren. Die Investitionen in den eigenen Betrieb dienen der Ausweitung der Kapazität und führen zu dem, was Marx die Akkumulation des Kapitals nennt. Der einzelne Kapitalist ist dabei nicht frei von den Zwängen der Konkurrenz. In dem Bestreben, seine Position am Markt zu sichern und gegebenenfalls auszubauen, muss er dem technischen Fortschritt permanent Rechnung tragen, um seine Produktionskosten zu senken.

Das parallele Verhalten aller Kapitalisten führt zu einer tendenziellen Überproduktion an Gütern, der eine ebenso tendenzielle Unterkonsumption infolge der Ausbeutung des Produktionsfaktors Arbeit gegenüber steht. Der durch die Akkumulation in Gang gesetzte wirtschaftliche Wachstumsprozess bleibt damit nicht frei von krisenhaften Unterbrechungen, in deren Verlauf Teile des Produktivvermögens durch Konkurse entwertet werden. Infolge von daraus entstehenden industriellen Brachen, aber auch durch Aufkäufe und Zusammenschlüsse, kommt es in jeder Krise zu einer tendenziellen Konzentration des Produktionsfaktors Kapital in immer weniger Händen, bis schließlich eine Art von Monopolkapitalis-

mus erreicht ist. In dieser Situation kann nun der Übergang von der historischen Phase des Kapitalismus in den historischen Endzustand des Kommunismus erfolgen, indem die Arbeiter in der nächstfolgenden Krise die dann nach kapitalistischer Logik weitgehend entwerteten Betriebe gleichsam aus der Konkursmasse heraus übernehmen und in Eigenregie fortführen.

Eine Erklärung der Krisen des Kapitalismus entlang von Überproduktion und Unterkonsumption ähnelt allerdings sehr schnell den Erklärungsmustern nichtmarxistischer Kapitalismuskritiker und reicht für die Annahme eines zwingenden Verlaufs der Geschichte nicht aus. Als wesentliches Element der Marx'schen Krisentheorie muss daher das von ihm so genannte Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate angenommen werden. Die Profitrate des Kapitalisten ist der zentrale Maßstab für seinen ökonomischen Erfolg, da von ihr die relativen Möglichkeiten zur weiteren Akkumulation abhängen, also die Position des Unternehmens im Wettbewerbsprozess. Marx berechnet die Profitrate p' als Quotient aus dem absoluten Gewinn des Unternehmens, dem Mehrwert m, und seinen Kosten für das sogenannte konstante und variable Kapital. Dabei bezeichnet das konstante Kapital c den eingesetzten Maschinenpark nebst Vorleistungen und das variable Kapital v den Produktionsfaktor Arbeit:

$$P' = m : (c + v)$$

Im Zuge des Akkumulationsprozesses verschiebt sich das Verhältnis von c und v. Durch die andauernde Ausbeutung von v kann der Kapitalist immer mehr in c investieren. In Summe steigt damit der Wert des Nenners c + v, wodurch der Wert des Bruchs p' fällt. Es ist also der permanenten Akkumulation des Kapitals zuzuschreiben, dass der mit seiner Hilfe produzierte Profit relativ zum Faktoreinsatz abnimmt und absolut an Grenzen stößt. Die Grenzen der Akkumulation bestimmen zugleich die Grenzen des kapitalistischen Systems insgesamt und öffnen den Weg in seinen Untergang.

Das von Marx apostrophierte Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate berücksichtigt allerdings nur die Akkumulation des konstanten Kapitals c und fragt nicht nach den Auswirkungen dieser Akkumulation auf die Faktoren variables Kapital v und Mehrwert m. Dabei ist anzunehmen, dass eine Ausweitung des Maschinenparks zu zusätzlichen Umsätzen und Gewinnen führt, analog zu c also auch m ansteigt. Ebenso dienen viele Investitionen in c als Rationalisierungsinvestitionen der Substitution von v, so dass die Summe aus c und v keinesfalls ansteigen muss, sondern im Gegenteil sogar sinken kann. Marx übersieht hier die Effekte der Produktivität des Produktionsfaktors Arbeit. Insgesamt kann eine Grenzinvestition in den Produktionsfaktor Kapital die Profitrate sicherlich senken, sie kann aber auch ohne Einfluss auf sie bleiben oder sogar zu ihrer Verbesserung führen. Der Fehler, dem Marx unterliegt, besteht darin, einen von drei möglichen Fällen zu verabsolutieren und zur Gesetzmäßigkeit zu erheben, wodurch seine Argumentation Züge einer teleologischen Reduktion erhält.

**« Es ist also der permanenten Akkumulation des Kapitals zuzuschreiben, dass der mit seiner Hilfe produzierte Profit relativ zum Faktoreinsatz abnimmt und absolut an Grenzen stößt. »**

**Marktwirtschaftlich orientierte Anmerkungen**

Insgesamt krankt die Marx'sche Analyse des kapitalistischen Systems an einer zu engen

Auswahl für relevant erachteter Faktoren. Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei die Vorstellung, dass ein Kapitalist erzielte Profite nur in das eigene Unternehmen reinvestieren könne. Diese Vorstellung geht fehl, sie übersieht die Herausbildung eines Marktes für Kapitaltransaktionen, die schon zu Lebzeiten von Marx in vollem Gange war. Der Finanzmarkt mit seinen Brokern, den Banken, erlaubt die Investition von Gewinnen außerhalb des Unternehmens, in dem sie angefallen sind. Die Gewinne werden als Einlagen bei den Banken deponiert, die Banken geben sie als Kredite an jene Marktteilnehmer weiter, die ein überzeugendes Konzept für die Verwendung dieser Mittel vorlegen können und bereit und in der Lage sind, den verlangten Preis für das ihnen überlassene Kapital zu entrichten. Auf diese Art und Weise wird eine Spirale tendenziell lukrativer Investitionen in Gang gesetzt, die Notwendigkeit, selbst zu ungünstigen Bedingungen in das eigene Unternehmen zu investieren, entfällt.

Gleichzeitig trennt der Finanzmarkt Akkumulation und Investition voneinander. Die bei Marx latente Annahme, es müsse zunächst Kapital gebildet werden, das erst im Nachgang investiert werden könne, wird obsolet. Ein Unternehmen kann bei Vorliegen eines geeigneten Geschäftsplans sofort investieren, wodurch das gesamte Wirtschaftssystem flexibler wird und Innovationen schneller zum Zuge kommen. Durch Innovationen wiederum wächst die Anzahl der Branchen einer Volkswirtschaft. Marx‘ makrotheoretische Betrachtung der Wirtschaft als einer Art monolithischem Block ist zu statisch und verkennt die Dynamik des marktwirtschaftlichen Systems. Sicherlich lassen sich innerhalb der einzelnen Branchen Entwicklungen beobachten, auf die Marx‘ Thesen von sinkenden Gewinnmargen und anhaltenden Konzentrationen infolge von Mergers und Aquisitions zutreffen, für die gesamte Wirtschaft ist das jedoch nicht der Fall. Hier werden etablierte Branchen von neuen ergänzt, so dass sich gesamtvolkswirtschaftlich ein Mix von Branchen und Unternehmen ganz verschiedener Gewinnmargen herausbildet. Eine Gesetzmäßigkeit, die auf einen Untergang des marktwirtschaftlichen Systems aus einer inneren Dynamik heraus hinausläuft, ist so nicht zu erkennen.

**Schlussbetrachtung**

Marx versucht mit seinem historischen Materialismus, aus der menschlichen Geschichte einen zwingenden Verlauf heraus zu lesen. Wie alle deterministisch orientierten Philosophen arbeitet er mit einer streng ausgewählten Anzahl von Faktoren, die er in eine logische Beziehung zueinander setzt. So erreicht er in sich anscheinend stimmige Aussagen. Auf der analytischen Ebene muss er allerdings sehr schnell zum Mittel der teleologischen Reduktion greifen, um seine Theorie im Lot zu halten. Eine dieserart hergeleitete Theorie steht in dem Risiko, am empirischen Test zu scheitern. Marx‘ Aussagen über den Kapitalismus bleiben damit bruchstückartige Ausschnitte einer umfassenderen Wirklichkeit.

*Dr. Thorsten Lange*
*ist Dozent für Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten Innenpolitik und Politische Theorie. Er hat an der Universität Mainz im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Projekt zur Diffusion des neoliberalen Paradigmas im Vereinigten Königreich und der Bundesrepublik Deutschland in den 70er / 80er Jahren durchgeführt. Heute wird er von der Friedrich-Naumann-Stiftung als Seminarleiter zu Fragen des Politischen Systems der Bundesrepublik, der Politischen Philosophie sowie der Politischen Ökonomie angefragt.*

# DIE ZUKUNFT DER UNIVERSITÄTEN IM ARABISCHEN RAUM

## *Die Forderung nach Liberalisierung im Hochschulbereich*

*von Prof. Dr. John Hillman, Vereinigtes Königreich,*
*Prof. Dr. Elias Baydoun, Libanon,*
*Prof. Dr. Bernd Markert*
*& Dr. Simone Wünschmann, Deutschland*

Derzeit gehört keine arabische Universität zu den führenden Universitäten weltweit. Daher ist es begrüßungswert, dass Hochschulverantwortliche aus dem arabischen Raum Tagungen abhalten, um über einen Wechsel hin zu einem liberaleren Hochschulsystem zu diskutieren. Der arabische Raum, der oft als Synonym für die arabische Welt angesehen wird, bezieht sich in der Regel auf 22 arabischsprachige Staaten und Territorien der Arabischen Liga, sprich Algerien, Bahrain, Komoren, Dschibuti, Ägypten, Irak, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Mauretanien, Marokko, Oman, Palästina, Katar, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Die Länder der Arabischen Liga haben ein kollektives Bruttoinlandsprodukt (BIP) von mehr als 3 Billionen Dollar, mit heftigen länderspezifischen Unterschieden. So beträgt das BIP pro Kopf 542 $ in Somalia gegenüber 102.000 $ in Katar. Es leben Menschen in der Region, die sich nicht unbedingt als Araber verstehen (z. B. Assyrer, Berber, Kaukasier und Tschakasier, Chaldäer, Kurden), aber Arabisch sprechen. Arabische Minderheiten existieren am Horn von Afrika, im Sahel und in der Türkei. Arabisch ist die Amtssprache im Tschad und in Eritrea. Arabisch ist auch die primäre Religionssprache in Afghanistan, Bangladexsch, Indonesien, Iran, Pakistan und einigen ehemaligen Sowjetrepubliken. Der arabische Raum hat somit direkten Einfluss auf seine Nachbarländer sowie globale interkulturelle und wirtschaftliche Bedeutung.

Nach unterschiedlichsten Berichten der Vereinten Nationen sind Bildung und nationale Entwicklung drängendste Themen, die dem gesamten arabischen Raum gemeinsam sind. Gleichzeitig ist der arabische Raum durch tiefgreifende politische, religiöse und soziale Unruhen gekennzeichnet, die zu instabilen Nationalstaaten führen; Bedingungen, die eine zielführende und nachhaltige Zukunft junger Araber gefährden.
Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation) wird die Arbeitslosenquote für 15- bis 24-Jährige in den arabischen Staaten im Jahr 2017 voraussichtlich auf über 30 % ansteigen; selbst ein großer Teil der Erwerbstätigen lebt in mäßiger bis extremer Armut. Dieses Umfeld ist für eine zukünftige Entwicklung der arabischen Welt ungünstig. Vernünftig organisierte Universitäten bieten daher eine unbedingte Hoffnung auf eine bessere, wohlhabendere, stabilere und letztendlich nachhaltigere Zukunft.

**Niedergang des Goldenen Zeitalters des Islam**

Seit dem Goldenen Zeitalter des Islam hat sich in der arabischen Welt ein dramatischer Wandel des internationalen Status vollzogen (das „Goldene Zeitalter des Islam“ fand statt

zwischen dem 8. und dem 13. Jahrhundert). Es gab eine Periode, als arabische Wissenschaftler, Ingenieure und Philosophen massiv zum Wissen, zur Bildung, zur Technologie, zur Kultur und zur unabhängigen Argumentation (ijtihad) beitrugen. Große bahnbrechende Fortschritte in Mathematik, Astronomie, Optik, Navigation, Architektur, Bewässerung und Landwirtschaft, Medizin, Entwicklung von Krankenhäusern, Handel sowie im Erwerb von Wissen waren maßgebende Besonderheiten des Goldenen Zeitalters des Islam.

In der Publikation 'The Britannica Guide to the Islamic World' (2009) formulierten sunnitische Schriftgelehrte, dass zwischen dem 9. und 12. Jahrhundert ein religiöses Umdenken stattgefunden hat. Dieses beinhaltete eine scharfe Unterscheidung zwischen religiösen und säkularen Wissenschaften. Wächter des islamischen Rechts (der Schariah) entwickelten eine nicht hinnehmbare Haltung gegenüber säkularen Disziplinen und schlossen sie vom Lehrplan des madrasischen (Hochschul-) Systems aus. Diese Eliminierung säkularer Gegebenheiten und Wahrheiten beeinträchtigte das Bildungssystem in Hinblick auf jedwede intellektuelle Herausforderung und Motivation. Es entstand ein Prozess, der das (Auswendig-) Lernen statt des ursprünglichen Denkens fördert und die intellektuelle Kreativität verarmen lässt. Die meisten arabischen Länder gelten heute als „generell "unterentwickelt; es herrschen weit verbreitete Armut und nicht zuletzt schwere soziale Unruhen und regelrechte Kriege.

**Keine arabische Universität gehört zu den führenden Universitäten weltweit**

Außerhalb der Region sind nur wenige arabische Wissenschaftler Mitglieder internationaler Forschungsverbünde, ziehen renommierte internationale Auszeichnungen und Stipendien an, gründen Spin-Off-Unternehmen oder generieren wertvolles geistiges Eigentum. Nur wenige arabische Länder beherbergen große, gut ausgestattete internationale Labors. Talentierte junge Leute müssen ins Ausland reisen und dort arbeiten, um ein geistiges Umfeld zu erleben und attraktive Gehälter zu beziehen.

Die derzeitige Situation ist inakzeptabel und ungerecht. Da die meisten arabischen Regierungen mit finanziellen Zwängen konfrontiert sind, können nur die Universitäten selbst mit anderen Institutionen kooperativ zusammenarbeiten und hoffen, diesen Trend aus eigener Kraft umzukehren. Leider ignorieren viele, wenn nicht sogar die meisten arabischen Universitäten mutwillig Forderungen nach Zusammenarbeit und der Festlegung hoher Standards; ihre unbedeutende Wettbewerbsfähigkeit verhindert in Teilen eine umfassende Modernisierung. Beispielsweise werden die meisten Universitätsleiterinnen und -leiter gar nicht erst auf Einladungen zu Veranstaltungen wie der AAS-Konferenz zur Entwicklung einer Roadmap für die Entwicklung moderner arabischer Universitäten hingewiesen.

Die Gründe für das Zurückbleiben des arabischen Raumes sind zahlreich und viele werden heftig diskutiert; allerdings tragen die Universitäten selber eine große Verantwortung dafür, dass sie auf allen Ebenen nicht ausreichend zum sozialen Wohlergehen der Gesellschaft und deren (Aus-) Bildung beitragen. Laut Wikipedia gibt es 283 Universitäten in 18 arabischen Ländern.Einige davon sind privat, die meisten jedoch staatlich . Die Association of Arab Universities hat 233 Mitgliedsinstitute in arabischen Ländern. Weitere Netzwerke sind die von der UNESCO unterstützte Internationale Vereinigung der Universitäten, die Laureate International Universities, religiöse und graduierte Netzwerke sowie Personalverbände.

Es ist nicht immer klar ersichtlich, wie der Begriff "Universität" definiert oder begründet ist. Nicht alle Institutionen

- veröffentlichen Trends bei den Studien- und Postgraduiertenzahlen,
- liefern Daten über den Umfang der Finanzierungsströme,
- geben Klarheit über ihre Akkreditierungs- und Qualitätssicherungssysteme und

Teilnehmer der AAS-Tagung (Arab Academy of Sciences) in Beirut, Nov. 2016.

-veröffentlichen Unternehmenspläne und detaillierte Jahresberichte, in denen die Ergebnisse, Veröffentlichungen, Statuten, Führungs- und Personalprofile, Managementstrukturen, Auszeichnungen, Vermögensregister und Kontaktadressen aufgeführt sind.

Die Bologna-Erklärung der Europäischen Union vom Juni 1999, mit der eine Reihe von Reformen der europäischen Hochschulbildung eingeleitet wurde, gibt wertvolle Hinweise auf künftige Entwicklungen. Der Bologna-Prozess umfasst mittlerweile 47 Länder und sollte im Kontext des Kopenhagen-Prozesses über die berufliche Aus- und Weiterbildung und die Schaffung von Qualifikationsrahmen gesehen werden. Die Bologna-Erklärung der EU ermutigt die Universitäten auch, Mentoring-Programme zu übernehmen, die das Denken der Mentorinnen und Mentoren beeinflussen und sie in

-konstruktive Denkweisen und Denkgewohnheiten lenken,
-Fortschritte und Originalität fördern und
-integer und ethisch handeln, um sektiererische Spaltungen zu vermeiden.

Wer als Mentor kompetent und ehrlich auftreten möchte, gut zuhören will, ein weitreichendes Netz an Kontakten und die Bereitschaft zu beobachten und zur Weiterentwicklung anderer beizutragen hat, ist gefragt.

**Das Umdenken**

Die gegenwärtigen großen Unruhen, die hohe Korruption, der Mangel an effektiven demokratischen Institutionen und die religiöse Intoleranz bedeuten zusammenfassend, dass die arabische Welt Gefahr läuft, weiter in Armut und Vernachlässigung abzufallen, was zu einer internationalen Isolation führt. Sie kann weder wissenschaftlich noch technologisch mit selbst kleinen, entwickelten Ländern konkurrieren. Sie versagt ihrem talentierten Nachwuchs entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten. Es gibt keine genaue Bewertung des in der arabischen Welt geschaffenen geistigen Eigentums, obwohl es offensichtlich ist, dass es enorm wertvolles Know-how in so unterschiedlichen Bereichen wie der Öl- und Gasindustrie, dem Gartenbau, der Volksmedizin, dem Finanz- und Handelsbereich, der Architektur, dem Bauwesen usw. gibt. Eine erste Analyse des registrierten geistigen Eigentums per se in der arabischen Welt zeigt, dass es sehr wenig gibt, das erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf die internationale Wirtschaft hat. Ein solch düsteres Bild steht im Gegensatz zu den individuellen Fähigkeiten der Mitarbeiter und Studenten.

Die arabischen Staaten sind sich der brillanten, mehrsprachigen, innovativen und aufgeschlossenen Menschen in ihrer Mitte und in der arabischen Diaspora bewusst. Die arabischen Universitäten müssen befreit, institutionell verstanden und geschätzt werden. Die Universitäten wiederum müssen den wahren Wert der Bildung koordinierter,

hochrangiger Teams anerkennen und in der Lage sein, angemessene und vielfältige finanzielle Unterstützung zu rechtfertigen.

Jede arabische Regierung muss anerkennen, dass die Unterstützung von Universitäten, sofern sie ordnungsgemäß betrieben werden und die Finanzierung auf Beziehungen zu Drittstaaten basiert, kurz-, mittel- und langfristig die beste Investition der Steuerzahler ist. Forschung ist der reinste und beste Weg, die Welt zu verstehen, Wohlstand zu schaffen und die Lebensqualität zu steigern. Die globale Partnerschaft im Bildungswesen soll Investitionen in Bildung unterstützen und Extremismus und Intoleranz bekämpfen.

Laut dem Global Competitiveness Report 2014–2015 stellte das Weltwirtschaftsforum fest, dass die führenden Volkswirtschaften in seinem Index alle eine Erfolgsbilanz bei der Entwicklung, dem Zugang und der Nutzung vorhandener Talente aufweisen und Investitionen tätigen, die Innovationen fördern, insbesondere solche, die eine enge Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor hervorheben. Nur die öl- und gasreichen arabischen Länder, die nicht für ihre demokratischen Qualifikationen bekannt sind, gehören zu den 50 führenden von 144 untersuchten Ländern.

*Literatur*

*Encyclopaedia Britannica (2009) Britannica Guide to the Islamic World. Robinson Edition.*
*Hillman J & Baydoun E (2016) The Future of Universities in the Arab Region. Arab Academy of Sciences, Beirut.*
*Schwab K (ed) (2014) The Global Competitiveness Report 2014–2015. World Economic Forum, Geneva.*

*Autoren:*
*Prof. Dr. John Hillman, ehem. Leiter des Departments der Botanik an der Universität Glasgow und ehem. Direktor des Scottish Crop Research Institutes (SCRI), James Hutton Institute, Dundee im Vereinigten Königsreich*

*Prof. Dr. Elias Baydoun, Biologe an der American University of Beirut, Libanon, Generalsekretär der Arabischen Akademie der Wissenschaften Beirut, Libanon*

*Prof. Dr. Bernd Markert & Dr. Simone Wünschmann, beide Naturwissenschaftler der Umweltwissenschaften, VLA-Mitglieder, weitere Informationen unter www.eisn-institute.de*

# Der Wahrheit auf der Spur

*von Prof. Dr. Klaus Allerbeck*

Auch 2017, wie jedes Jahr zu Pfingsten, tagten wir nach exakt 50 Jahren wieder in der Theodor Heuss-Akademie – diesmal zum Thema „Wissenschaftstheorie". War es Zufall? Vor exakt einem halben Jahrhundert wurde in Berlin bei der Auflösung einer Demonstration ein Student namens Benno Ohnesorg von einem Polizeimeister erschossen. Dieser Mord (so muss man in Kenntnis der unglaublichen, inzwischen bekannt gewordenen Fakten diese Tat wohl nennen) war die Geburtsstunde der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik. Der Wissenschaftsbetrieb an den meisten westdeutschen Universitäten ruhte für eine Woche.

Es dauerte kaum 14 Tage, bis die Gemeinsamkeit der APO sich auflöste. „Linksfaschisten" wurden in ihr entdeckt, und bedeutende Gelehrte wurden als „Fachidioten" beschimpft, wenn sie mit der „Umfunktionierung" ihrer Lehrveranstaltungen nicht einverstanden waren, deren Themen zu Überbauphänomenen erklärt wurden.

Zwei Bilder verdienen Erwähnung: das Transparent „Unter den Talaren – der Muff von 1.000 Jahren", mit dem im Herbst 1967 der Hamburger SHB dem Einzug der Professoren zu einer akademischen Feier voranging, und das „Plakat der Bewegung" 1968 (so die Frankfurter Rundschau in einem Gedächtnisartikel) „Alle reden vom Wetter – wir nicht" des SDS. Es bestand aus einem Doppel-Plagiat: der Text war der einer Kampagne der Bahn, das Bild der Dreieinigkeit Marx-Engels-Lenin, ein Kunstwerk des sozialistischen Realismus (Auf Lenins Beitrag zur „Wissenschaftstheorie" anno 1908 ist später zurückzukommen bei der Frage, was man eigentlich heute als politisch aktiver Student von Erkenntnis- bzw. Wissenschaftstheorie wissen muss).
Plötzlich entstand so 1968 ein Markt für „Wissenschaftstheorie" in Deutschland. Eine zuvor eher esoterische Dokumentation einer Tübinger Soziologen-Diskussion von „Adorno et al." mit dem Wort „Positivismusstreit" im Titel wurde zu einem Bestseller, eine „Auflage" nach der anderen kam auf den Markt….

**Die Grenzen der empirischen Forschung…**

In Köln, wo ich seit 1966 studierte, war „Wissenschaftstheorie" bekannt, aber kein Thema. Als Markenzeichen der „Kölner Schule" der Soziologie galt die empirische Sozialforschung, für deren Daten das Zentralarchiv an der Universität zu Köln gegründet wurde, um deren Kritik und Diskussion durch Sekundaranalysen der ihren Veröffentlichungen zugrundeliegenden Daten zu ermöglichen.

Hier war auch mein erstes Drittmittel-Projekt beheimatet. Das Ausstellungsdatum meiner „Researcher Identification“ markiert eine im Rückblick kaum glaubliche Naivität des Referenten. Gerade promoviert, begab ich mich im Auftrag meines Doktorvaters Scheuch zu Forschungszwecken in die USA. Wir waren auf der Spur alter Umfragen, welche die amerikanische Besatzungsmacht seit 1945 zunächst in ihrer Zone, später in „Trizonesien“ und dann in der noch nicht souveränen Bundesrepublik durchführte. Hier merkte ich schnell die Grenzen der freien empirischen Forschung.
Ich war an der richtigen Adresse angekommen. Das Archiv der Militärregierung war vier Jahre zuvor dem Nationalarchiv übergeben worden. Nur: ich durfte es nicht ohne weiteres einsehen. So viele Jahre nach dem Kriegsende (VE-Day) war es immer noch als geheim eingestuft. Nach kurzer Überlegung wusste ich, was zu tun war: ich musste den Index einsehen, und den Antrag stellen, das mich besonders interessierende Material zu „deklassifizieren“, also von Amts wegen die „SECRET“-Stempel zu überstempeln. Einfach? „The index is classified as well!“ Um den Index einzusehen, muss man eine „Security clearance“ haben. Dazu muss man amerikanischer Staatsbürger sein. Völlig nutzlos war meine Reise in die USA zwar nicht, aber gewurmt hat mich es schon, dass einem Forscher bestimmte Informationen gezielt vorenthalten werden, anderen dagegen nicht. So sind Diskussion und Kritik unmöglich.

Schluss mit solchen Anekdoten – die Schlussfolgerung ist klar. Es kann keine wissenschaftliche Forschung an Universitäten geben, die amtlich auch nur mit „Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft ist. Wissenschaftliche Forschung endet nicht an Landes- und Sprachgrenzen und muss schon deswegen öffentlich werden, damit sie diskutiert werden kann. Der Kern des wissenschaftlichen Fortschritts ist die Möglichkeit der Kritik.

**Die Geheimnisse des Erfolgs von Popper**

Der erfolgreichste Philosoph des 20. Jahrhunderts ist Karl Raimund Popper. Das lässt sich bereits 1965 festmachen. 1965 wird Professor Popper „Sir Karl“ – und zu seinen Ehren wird in London ein internationales Colloquium zur Wissenschaftslehre abgehalten, an dem die meisten Fachgelehrten der „Philosophy of Science“ – so die englische Fachbezeichnung – teilnehmen. Vorhergesagt hätte das in Wien, wo er 1902 geboren wurde, dem klugen, vielseitig interessierten und gebildeten Einzelgänger, der auch gerade nicht zum später in den USA erfolgreichen „Wiener Kreis“ von an der Wissenschaftstheorie interessierten positivistischen Philosophen gehörte, wohl niemand. Er überlebt, weil er rechtzeitig vor der Gestapo nach Neuseeland flieht.

**« Wissenschaftliche Forschung endet nicht an Landes- und Sprachgrenzen und muss schon deswegen öffentlich werden, damit sie diskutiert werden kann. »**

Dort schrieb er – auf Englisch – sein zweites Hauptwerk über „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (erst mehr als ein Jahrzehnt später wird das zweibändige Werk ins Deutsche übersetzt – von Paul Feyerabend.) Er konnte eine ausgezeichnete Universitätsbibliothek benutzen und sich an philosophischen Diskussionen beteiligen. Ab 1946 wurde er, an der London School of Economics und der University of London, zum Kristallisationskern eines Diskussionszirkels von an Philosophie und Wissenschaftstheorie interessierten Gelehrten und Studenten. Ralf Dahrendorf, der hier nach seiner Promotion in Hamburg ein zweites Mal promovierte, gehörte dazu (über ihre lebenslange Freundschaft berichtete Lord Dahrendorf in seiner Dankesrede für die Verleihung

des Schader-Preises in Darmstadt, die er schon nicht mehr selbst vortragen konnte). In London übersetzte er selbst sein noch in Österreich veröffentlichtes Hauptwerk zur Wissenschaftstheorie, die ihre eigene Fachsprache hat, ins Englische. Es erscheint als „Logic of Scientific Discovery" im Jahr 1959.

Egal wie man sich Poppers Lebenswerk nähert und in welcher Sprache: der erste Eindruck stellt sich bald als falsch heraus, und der zweite ebenfalls. Je mehr man sich mit ihm beschäftigt, desto mehr ganz andere Facetten kommen hinzu.

**« Egal wie man sich Poppers Lebenswerk nähert und in welcher Sprache: der erste Eindruck stellt sich bald als falsch heraus, und der zweite ebenfalls. Je mehr man sich mit ihm beschäftigt, desto mehr ganz andere Facetten kommen hinzu. »**

Der beste Ort, ihn und sein Philosophieren kennen zu lernen, dürfte Alpbach (https://www.alpbach.org/de/) gewesen sein – ein Tiroler Bergdorf, das ich (noch) nicht kenne – der nächstbeste sein Beitrag zur Festschrift für Simon Moser zum 65. Geburtstag. Hier äußert er sich sehr kreativ über Thales von Milet, einen einflussreichen Vorsokratiker, von dem wohl nichts Schriftliches überliefert ist. Einen derartigen Lehrer, der seine Schüler zur Kritik und Verbesserung seiner Ideen auffordert, hätte er wohl gern gehabt – und kam selbst diesem Ideal auch an der LSE und unter Freunden in Alpbach nahe. Er berichtet von seiner Unzufriedenheit mit den Wiener Psychoanalytikern, die auf Freud folgten. Wenn er diese mit Fakten konfrontierte, die ihrer jeweiligen Theorie überhaupt nicht entsprachen, wurde er regelmäßig von diesen überrascht mit der Erklärung, warum genau diese Fakten nur ein weitere Bestätigung ihrer Theorie seien. Ganz anders aber der Physiker Albert Einstein: er hatte, mit seiner Relativitätstheorie, präzise Prognosen, welche bei einer Sonnenfinsternis überprüfbar waren, ermöglicht. Als der englische Physiker Eddington am 29. Mai 1919 im Rahmen einer aufwendigen Expedition die erforderlichen Messungen vornahm, konnte er der Royal Society in London im November desselben Jahres diese Bestätigung der Theorie des (damals) Berliner Professors vortragen, welche von der Newtons abwich. Diese kühne Prognose, welche sich als falsch hätte herausstellen können, war für Popper DAS Vorbild für wissenschaftliche Forschung.

In London kann er seit 1946 zur zentralen Figur eines lockeren Kreises, der an Wissenschaftsgeschichte und -theorie interessiert ist, werden, gerade weil er keins der Geheimnisse des 2. Weltkriegs (wie etwa, wer außer Turing während des Kriegs in Bletchley Park an der erfolgreichen Entschlüsselung des Funkverkehrs der deutschen Marine und Luftwaffe gearbeitet hat) kennen kann.

Das Symposium in London ist auch in der Republic of Science ein „Ritterschlag". Zahllose Ehrungen an Universitäten in aller Welt folgen, Übersetzungen seiner Werke in andere Sprachen, Neuauflagen seiner Bücher usw. Vor allem wird nach 1968 die Bundesrepublik Deutschland sein neuer Markt. „Kein Buch kann jemals fertig werden" hatte er ja schon in seinem auf den 14. Juli 1950 datierten Vorwort zur ersten amerikanischen Ausgabe seiner „Open Society" festgestellt, und überzeugend begründet.

Das Symposium 1965 markiert aber auch den Beginn einer neuen Ära der Wissenschaftstheorie: „T. S. Kuhn is one of the outstanding philosophers of science of our time" formuliert Margaret Masterman dessen grundlegende Annahme. Der Wissenschaftstheorie weist sie die Aufgabe zu, mit dem Wissen aus der Geschichte der Wissenschaften für andere Disziplinen nützlich zu werden.

**Andere (neue ?) Wissenschaften entstehen (wieder): Soziologie und politische Wissenschaften**

Ich beschränke mich innerhalb des Fachs Soziologie, in dem ich in Köln promoviert wurde, jetzt auf ein wissenschaftstheoretisches Beispiel aus der „Demoskopie", wie die Mainzer Publizistik-Professorin Noelle-Neumann das von ihr gegründete Institut in Allensbach nannte. Die beliebten Politiker-Fragen „Wo liege ich?" und „Wo liegen wir?" zielen auf die „Sonntagsfrage" und den „Bekanntheitsgrad". Das ist der Beginn der Umfrageforschung. Wie Fragen gestellt werden, in welcher Reihenfolge und von wem, kann Ergebnisse beeinflussen; „manipuliert" wird in der Regel aber nicht von Umfrageforschern, sondern ihren Auftraggebern, von denen sie abhängig sind.

Wie erfragt man „Bekanntheit"? Eine „geschlossene Frage" mit Antwortvorgaben könnte lauten: „Was halten Sie von a) Kauder b) Nahles c) Lindner d) Hofreiter e) Gauland f) Wagenknecht? Bitte sagen Sie es mir anhand dieser Skala von -5 bis +5". Wir könnten auch eine „offene Frage" stellen, im Kern etwa so: „Bitte nennen Sie mir die Namen der Vorsitzenden der Fraktionen im Deutschen Bundestag." Das Ergebnis kennen wir nicht, aber eines ist sicher: der „Bekanntheitsgrad" mit Vorgaben für jeden der sechs Politiker wird dramatisch viel höher sein als bei der offenen Frage. Kein Wunder: die „operationale Definition" des „Bekanntheitsgrads" unterscheidet sich eben. Soweit so banal?

Wer dies glaubt, kennt einen der wichtigsten Tatbestände des deutschen Föderalismus nicht: mit so bescheidenen Grundkenntnissen von „Messen" zweier Variablen in der „Demoskopie" ist es noch fast jedem Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslands gelungen, seinem jeweiligen Oppositionsführer Ehrfurcht vor seinem „Amtsbonus" einzuflößen. Dieser Bonus besteht überwiegend aus den Beamten, welcher politischen Färbung auch immer, in seiner Staatskanzlei, die erfahrene Auftraggeber von Forschungsinstituten sind. Sie kennen auch die zu erwartenden Ergebnisse der „exit polls" schon drei Stunden vor Schließung der Wahllokale der jeweiligen Landtagswahl. Ihre Chefs können dann auch, während die kleineren Elefanten im Fernsehen noch ihren Wählern und Helfen danken, etwa zu den Koalitionsmöglichkeiten Kluges und abgewogen Wirkendes sagen, das in den folgenden Tagen den Eindruck der Beständigkeit erweckt oder bekräftigt. Denn das Mögliche wurde ihnen schon vor 18 Uhr am Sonntag ausgerechnet: das ist die Kunst.

Anfangssemester – und das ist der nützliche Effekt der „exit polls" – können, ob nun Soziologen oder Politologen, all dies auch – wenn sie bereit sind, einen halben Sonntag für die Befragung von Wählern vor den Lokalen zu opfern – und mehr, wenn ihnen der „Schein" in Aussicht gestellt ist. Dank infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen, sowie ARD und ZDF, können sie sich auch vorstellen, dass dies klappen könnte.

Multivariate Analysen, mathematische Soziologie und die derzeit boomende Analyse sozialer Netzwerke sind Anfängern und Feuilleton-Lesern dagegen schlicht unzugänglich. Viele der hier heute verwendeten Modelle gehen zurück auf die Grundlagen, die seit 1970 von Theoretikern wie Harrison C. White gelegt wurden. Ihre Berechenbarkeit, auch bei größeren Datenmengen, ergibt sich durch die enorm gesteigerte Kapazität von Computern, die ein halbes Jahrhundert später dafür ausreicht.

Womit gesagt sein soll: Die „social sciences" sind nicht „less scientific" als die Naturwissenschaften, früher auch „exakte Wissenschaften" genannt, und auch durchaus nicht „more social" als diese. Aber die verschiedenen Wissenschaften ziehen in verschiedenen Epochen auch unterschiedlich begabte und interessierte Studenten an.
Poppers Nachfolger an der LSE, Imre Lakatos, hat sich einmal zu Anwendungen der Statistik in den Sozialwissenschaften geäußert. Sie liefere einen Anschein wissenschaftlichen Fortschritts dort, wo sich in Wirklichkeit nur pseudo-intellektueller Mist

anhäufe. Die Wissenschaftstheorie erhebt also den Anspruch, die Demarkationslinie von Wissenschaft zu markieren.

Eine Superwissenschaft zu sein, so wie es früher die Philosophie und noch früher die Theologie waren, kann sie aber nicht beanspruchen, ohne die Fortschritte der anderen Disziplinen zu kennen. Am wichtigsten scheint mir der von Thomas Schelling betonte Gesichtspunkt, der sich in der Volkswirtschaftslehre vor 70 Jahren durchsetzte. Dass alles, was in einem Land als „Export" gezählt wird, in einem anderen als „Import" gezählt werden muss, war einmal eine Entdeckung (so wie die Erhaltungssätze in der Physik im vorangegangenen Jahrhundert). Wenn die Salden von Importen und Exporten nicht übereinstimmen, wird dadurch nichts „falsifiziert".

schaftstheorie mit disziplinloser Beliebigkeit und anarchistischen Parolen zertrümmert.

Vielmehr sind es die Fachkollegen und die Verlagswerbung, welche hier ohne Qualitätsprüfung Kollegialitätsnormen walten lassen. Statt weiterer Belege sei hier nur auf seinen Beitrag zur zitierten Moser-Festschrift verwiesen, der sich mit dem absurden Theater Ionescos als „Ideologie" befasst, oder auf das Suhrkamp-Bändchen „Wider den Methodenzwang". Für heutige Studierende, deren Zeitfenster für „Bachelor" oder „Master" institutionell vorgegeben ist, ist die Beschäftigung mit jedem von Feyerabend selbst verfassten Text pure Zeitverschwendung. Voll auf seine Kosten kommt wohl nur der Suhrkamp-Verlag, der ein halb-fiktives Gespräch an der Gesamthochschule Kassel in ein Buch mit dem Titel „Erkenntnis für

**« Die „social sciences" sind nicht „less scientific" als die Naturwissenschaften, früher auch „exakte Wissenschaften" genannt, und auch durchaus nicht „more social" als diese. »**

Karl Popper ist dies nicht völlig entgangen. Er erzählt von einem Schreinermeister, der beharrlich an einem Perpetuum Mobile aus Holz arbeitet, und sich nicht dadurch verdrießen lässt, dass dies als unmöglich erkannt ist. „Da werden's schauen, die gelehrten Herr'n!"

Feyerabend hat die „Open Society" offenbar zur Zufriedenheit des Autors getreulich ins Deutsche übersetzt. Dies ist eine bleibende Leistung, die sich auch komprimieren lässt auf hundert Seiten, die ein Student in zwei Stunden lesen kann – so jüngst ein Rezensent im Wirtschaftsteil der FAZ (11. September 2017, S. 18). Feyerabends Beitrag zur Wissenschaftstheorie wäre dagegen zu vernachlässigen, wenn es in diesem Fach eine Lehrbuchkultur gäbe, die es Studierenden erlauben würde, sich die wesentlichen Erkenntnisse dieses Fachs in vertretbarer Zeit anzueignen. Es ist aber nicht Feyerabend selbst, der die allgemeine Wissen-

freie Menschen", die Neuauflage eines früheren Bändchens mit neuem Titel, aufgenommen hat.

**Was tun?**

Die Absicht der Themenwahl für das Pfingstseminar war eine praktische: eine Hilfestellung für den LHG bei hochschulpolitischen Auseinandersetzungen. Statt faustischen Bemühungen um die Freilegung eines vermuteten Fundaments in den wachsenden Bücherbergen empfiehlt der Referent, diese der „nagenden Kritik der Mäuse" (Karl Marx) zu überlassen und stattdessen Lenin zu lesen. Die 19., letzte deutsche Auflage seiner Schrift „Materialismus und Empiriokritizismus" (1989) wird eingeleitet von einem einseitigen Vorwort des „Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED". Hier wird beschrieben, mit welcher philologischen Akribie dabei vorgegangen wurde. Der naturwissenschaftliche Teil wird

sklavisch auf dem Stand von 1908 belassen, ignoriert also souverän den Fortschritt aller wissenschaftlichen Revolutionen in mehr als einem Jahrhundert.

Die Erkenntnistheorie ist die eines naiven sozialistischen Realismus, die sich zur „Wahrheit" bekannt, in der Fassung der KPdSU natürlich. Es versteht sich, dass dort gerade die Entdeckungen der Gestaltpsychologie keine Berücksichtigung finden, von denen der „Rubinsche Becher" der bekannteste sein dürfte. Es gibt drei verschiedene Wahrnehmungen, die für Betrachter WAHR sind: den „Becher", die beiden Gesichtsprofile und schließlich die psychologisch informierte, die hier eine Illustration des „gestalt switch" sieht. Die Psychologie als Wissenschaft ist nicht beim Pawlowschen Hund stehengeblieben! Für Lenin und seine Gefolgschaft kann es aber zu jedem Zeitpunkt nur eine (1) Wahrheit geben, verkündet auf dem aktuellen Stand der dialektischen Abfolge von Personenkult und kollektiver Führung.

Die freie Wissenschaft hat für sich eine Sozialstruktur geschaffen, die quasi die Leninsche Maxime „Misstrauen ist gut. Kontrolle ist besser!" beherzigt. Fehler kommen vor. Die Verpflichtung zur Wahrheit ist aber in der Gelehrtenrepublik eine Norm, die Plagiate und Fälschungen strikt verbietet. Fälschungen und Plagiate hat es immer schon gegeben. Die organisierte Wissenschaft hat eine Jahrhunderte überdauernde Erfahrung, sich vor diesen zu schützen. Kollegialitätsnormen gebieten Respekt vor der Leistung der Kollegen in anderen Fächern oder Schwerpunkten. Die Sanktionierung von Verstößen gegen das Wahrheitsgebot darf kein Erbarmen und keine Rehabilitation kennen. Sie darf auch nicht den Menschen vernichten wollen, dem zeitweise die Täuschung auch der Fachwelt gelang. (Ein ertappter Plagiator könnte, auf einem Gebiet außerhalb der Wissenschaft, als Steuerzahler ein nützliches Mitglied der Gesellschaft sein, etwa als Sektverkäufer).
Masterman hat für die Wissenschaftstheorie 1965 ein „disaster" konditional, aber leider zutreffend prophezeit. Die Wissenschaftstheorie hat jedoch für die Methodologie der je einzelnen Wissenschaften etliche wichtige Bausteine geschaffen, welche für deren heutige Lehrgestalt unentbehrlich sind.

**Ein Rat für Neugierige**

Eingeladen zu einem Vortrag über dies Thema, konnte ich mich nicht verhalten wie ein normaler „working scientist", der sie schlicht ignoriert. Wenn man die Wissenschaftstheorie wiederbeleben will, müsste man mit dem hervorragenden Vortrag von Masterman 1965, in der 196 veröffentlichten englischen Fassung oder dessen etwas missglückter Übersetzung ins Deutsche 1974, beginnen. Wer die Vokabeln der Wissenschaftstheorie im Kontext lernen und verstehen will, möge Lakatos lesen: auf Deutsch oder Englisch. Für Neugierige sollte der Briefwechsel zwischen Hans Albert und Paul Feyerabend erhellend sein, vor allem auch dank der ausgezeichneten Einführung des Herausgebers Baum. Sie werden feststellen können, wie weit der Wissenschaftstheoretiker in der Lebenspraxis von seiner eigenen entwickelten Theorie entfernt sein kann.

*Prof. Dr. Klaus Allerbeck ist ein deutscher Soziologe. Er lehrte bis März 2010 als Professor an der Universität Frankfurt am Main. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Methoden der empirischen Sozialforschung sowie der interkulturelle und zeitliche Vergleich sozialer Strukturen. Klaus Allerbeck ist Mitglied des VLA.*

# Fachhochschule oder University of Applied Sciences?

*von Dr. Ralf-Rainer Piesold*

Bei der aktuellen Diskussion um die Namensgebung deutscher Fachhochschulen stellt man fest, dass diese zunächst zweitrangig erscheinende Frage offensichtlich ein fundamentales Problem der deutschen Fachhochschulen aufgreift, nämlich das gefühlte Stigma der „Zweitklassigkeit der Fachwissenschaften". Deswegen verzichten diese tertiären Bildungseinrichtungen auf den Namen Fachhochschule und wählen je nach Bundesland die Bezeichnung Hochschule oder nehmen den angloamerikanischen Namen „university" an. Festzuhalten ist dabei, dass man unter dem Begriff Hochschule ähnlich wie sein angloamerikanisches Pendant „University" alle Hochschulen, also auch die Universitäten subsumiert. Ziel der Namensänderung ist offensichtlich, sich dem Status und den Aufgaben der deutschen Universitäten oder Technischen Hochschulen – zu deren Ärger – angleichen zu wollen. In diesen Kontext fällt natürlich auch die Forderung nach dem Promotionsrecht an diesen Hochschulen für angewandte Wissenschaften oder Universites of Applied Sciences.

Ursächlich für das „neue Bewusstsein" der ehemaligen Fachhochschulen ist mit Sicherheit der Bologna-Prozess und die 1998 beschlossene Änderung des §19 des Hochschulrahmengesetzes, der die „gestuften Studiengänge"[1] mit den Abschlüssen Bachelor und Master ermöglichte und auch die Durchlässigkeit im tertiären Bildungssystem forcierte. Unterschiede im Studienaufbau und in der Bezeichnung der Abschlüsse nivellierten sich. Auch muss man eine Veränderung des Lehrkörpers feststellen, da der Unterschied zwischen einem FH-Professor und den „klassischen" Universitätsprofessoren sich ebenso verringerte. So stellte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil 2010 fest, dass die Fachhochschulprofessoren den Universitätsprofessoren hinsichtlich der grundgesetzlichen Freiheiten gleichgestellt sind. Unterschiede bestehen weiterhin im Lehrdeputat, der Gehaltsdotierung und der Ausstattung der Professur. In Hinblick auf die Forschungstätigkeit von „FH-Professoren" kann man feststellen, dass sie sich in den letzten Jahren erhöht und durch deren Anrechnung sich das Lehrdeputat reduziert hat. Weiterhin sind etliche FH-Professoren nebenberuflich bei Beratungsgesellschaften tätig.

Eine kurze Replik auf die Geschichte der Fachhochschulen kann dazu beitragen, deren ursprüngliche Intention näher zu betrachten und die Ursache des Konflikts zu eruieren. Der 1967 vom liberalen Soziologen und Politiker Ralf Dahrendorf federführend in Baden Württemberg entwickelte Hochschulgesamtplan sah schon eine einheitliche Hochschullandschaft und ein gestuftes Studienmodell (Kurz- und Langstudium) vor, in denen die Ingenieur- und Höheren Fachschulen ihren Platz hatten. Ab 1969 entwickelten sich dann im gesamten Bundesgebiet Fachhochschulen. Ziel war die Deckung der gestiegenen Nachfrage nach Akademikern, die sich primär in der beruflichen Arbeitswelt außerhalb der Hochschulen betätigen wollten. Diese Bedarfsdeckung war die Hauptaufgabe, sodass die Lehrtätigkeit wesentlich höher eingestuft wurde als die Forschungstätigkeit. Aufgrund dieser Priorisierung wurde vom Lehrkörper als Einstellungskriterium auch ein hoher Praxisnachweis (mindestens fünf Jahre) verlangt, während eine Promotion als wissenschaftlicher Nachweis ausreichte und auf die Voraussetzung einer Habilitation verzichtet

wurde. Gleichzeitig war aber auch feststellbar, dass wissenschaftliche Mitarbeiter nach ihrer Promotion möglichst rasch eine Anstellung an einer Fachhochschule suchten. Dadurch stieg aber auch das Interesse an Forschungstätigkeiten und die „reine" Praxisorientierung an Fachhochschulen erodierte.

Findet nun eine Theoretisierung der Fachhochschulen statt und stellt sich die Frage „wieviel Theorie und wieviel Praxis es denn nun sein soll?" Werden wir gar des Grundgedankens der Fachhochschulen beraubt, findet ein immer stärker werdendes Theoretisieren der deutschen Hochschullandschaft statt und schließt eine Praxisorientierung wissenschaftliches Arbeiten aus?
Zur Beantwortung dieser Fragen hilft es, die überaus heterogene Landschaft deutscher Hochschulen zu beleuchten, da auch hier die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis nicht nur an den pädagogischen Fachbereichen intensiv geführt wurde. Schon alleine die Existenz von Technischen Hochschulen, die ja auch lange um ihre Anerkennung gekämpft haben, beantwortet die Frage. Aber auch am Beispiel der Ökonomie kann man belegen, dass eine praxisorientierte Ausrichtung nicht Forschung verhindert. So wurde 1817 an der Universität Tübingen die älteste bestehende wirtschaftliche Fakultät mit den Lehrstühlen Kameralistik, Staatsverwaltungspraxis, Technik, Landwirtschaft und Forstwirtschaft eröffnet. Solche stark praxisorientierten Bildungseinrichtungen wurden jedoch von den „klassischen" juristischen und philosophischen Fakultäten, die die Universitäten dominierten, missfällig betrachtet und häufig absorbiert. Nichts desto trotz werden sich heute viele BWL-Professuren als praxisorientierte Einrichtungen betrachten, aber gleichzeitig darauf bestehen, dass sie wissenschaftlich arbeiten. Insofern findet man schon bei den Universitäten seit geraumer Zeit keinen einheitlichen Wissenschaftsbegriff mehr, wie er etwa zu Beginn der Universtäten unter dem Primat der Theologie oder Philosophie bestanden hat. Die Diskussion über Fachwissen und Universalwissen ist dementsprechend nicht neu und längst auch wissenschaftstheoretisch beleuchtet. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften oder Universities of Applied Sciences werden sich aber aufgrund ihrer Historie und den heutigen Anforderungen in der Frage der wissenschaftlichen Methodik eindeutig in Richtung der empirischen Wissenschaften positionieren und dort ihre Stärken durch die enge Zusammenarbeit mit der Praxis, wie z. B. Industrie oder Verwaltung, einbringen. Durch diese Positionierung lassen sich leichter Drittmittel einwerben und die Mitarbeit bei Gemeinschaftsprojekten mit der Industrie verbessern. Das House of Logistic and Mobility in Frankfurt am Main steht dafür beispielhaft. Deshalb ist eine Tendenz zur empirischen Verwissenschaftlichung der Fachhochschulen durchaus feststellbar und wird auch langfristig im Promotionsrecht für einige Fachbereiche oder einzelne Professuren aufgrund erfolgreicher Forschungstätigkeit münden.

*Dr. Ralf-Rainer Piesold*
*ist Fellow an der Frankfurt University of Applied Sciences und lehrt am Fachbereich Wirtschaft und Recht in den Studiengängen Public Management und Public Administration*

# „God Bless America“

*rezensiert von Benedikt Bente*

Unter amerikanischer Zivilreligion versteht man „a genuine appreciation of universal and transcendent religious reality (…), revealed through the experience of the American people.” So definierte zuerst der amerikanische Soziologe Robert N. Bellah im Jahre 1967 das Phänomen der Vermischung von christlicher Religion und Patriotismus in den Vereinigten Staaten, und trat damit eine bis heute andauernde und sich stets neu entwickelnde Diskussion los.

Nicht nur angesichts aktuell schwelender „pseudo-“religiöser Konflikte wie des Erstarkens der christlich-konservativen „Alt-Right“ Bewegung, des von Präsident Donald J. Trump verhängten Einreiseverbots für Menschen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern oder der immer wiederkehrenden Diskussionen über das Eheverbot für homosexuelle Paare und die Abtreibungsrechte der Frau, ist die Frage nach dem vermeintlich religiösen Fundament der amerikanischen Gesellschaft und ihrer zunehmend (radikal) christlich erscheinenden Ausrichtung spannend. Besonders interessant wird dies im Gegensatz zu den Grundsätzen der amerikanischen Verfassungsväter. Im ersten Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung, der 1789 verabschiedeten Bill of Rights, heißt es: „Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof” – ein klares Bekenntnis nicht nur zur Religionsfreiheit, sondern zum absoluten Säkularismus, zur klaren Trennung von Staat und Kirche. Dass auch keine innere Motivation der Verantwortlichen religiös geprägt sein soll, wird im Vertrag von Tripolis von 1796 noch deutlicher: „the Government of the United States of America is not, in any sense, founded on the Christian religion.“

Woher nun also die Religiosität in den USA des 21. Jahrhunderts, die den meisten Deutschen und Europäern irrational, ja teilweise befremdlich gegenübertritt? Bellah argumentierte 1967 bereits – vereinfacht ausgedrückt –, man habe sich über Jahrhunderte den ursprünglich christlichen Hintergrund der Einwanderer in die „Neue Welt“ zunutze gemacht. An die Stelle des biblischen auserwählten Volkes trat Stück für Stück die „chosen nation“, und ihre Identität formte sich über die Unabhängigkeitskriege, die Staatsgründung, den Bürgerkrieg und die Staatseinheit unter Lincoln hin zum Selbstverständnis einer „shining city on the hill“. „In God we trust“ steht auf jeder Dollarnote, und vom ersten bis zum heutigen Präsidenten haben alle ihre Amtseide stets beendet mit den Worten „so help me God“ – obwohl die Gesetzgebung hier Alternativoptionen vorsieht. Christliche Konfessionen spielten hierbei seit je her eine untergeordnete Rolle. John F. Kennedy war der erste Katholik im Oval Office, Richard Nixon war Quäker und mit Mitt Romney kandidierte 2013 sogar erstmals ein Mormone für das höchste Amt im Staat. Nach außen hin, so scheint es, reicht es, einer christlichen Denomination anzugehören. Details – gerade in Bezug auf transzendente Thematiken – sind nicht von Belang, im Vordergrund steht die Identifikation mit dem abstrakten „Gott“, und zwar dem Gott der USA und ihrer Menschen, der Bewohner dieser „greatest country on Earth“. Doch handelt es sich dabei nun um eine Religionsgemeinschaft, ein religiöses System, strukturell differenziert vom Staat als auch von den eigentlichen Kirchen?

Das Generieren von Selbstverständnis, Identität und gesellschaftlichem Zusammenhalt durch die Vereinnahmung und gleichzeitige Aushöhlung einer Religion, ohne sich ihre Lehren ausnahmslos zu eigen

zu machen – diese Idee war auch 1967 schon nicht mehr neu. Im berühmt gewordenen letzten Kapitel seines Contract Social geht Jean-Jacques Rousseau ausführlich auf die von ihm so genannte „bürgerliche Religion" ein, und beschreibt ihre Grundsätze wie folgt: „Die Dogmen der bürgerlichen Religion müssen einfach, gering an Zahl und klar ausgedrückt sein, ohne Erklärungen und Erläuterungen. Die Existenz der allmächtigen, allwissenden, wohltätigen, vorhersehenden und sorgenden Gottheit, das zukünftige Leben, das Glück der Gerechten und die Bestrafung der Bösen sowie die Heiligkeit des Gesellschaftsvertrags und der Gesetze." Eben diese Grundsätze lassen sich in der amerikanischen Zivilreligion sowohl in ihrer ursprünglichen Beschreibung durch Robert N. Bellah, als auch in ihrer heutigen Ausprägung zweifelsfrei erkennen. Doch wie haben sich Theorie und auch Gesellschaft verändert?

Der letzte deutschsprachige Sammelband zum Thema Zivilreligion ist, wie die Autorinnen Heike Bungert und Jana Weiß eingangs bemerken, bereits 16 Jahre alt. Im Rahmen des Exzellenzclusters „Religion und Politik", der seit vielen Jahren an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster disziplinübergreifend großartige Forschungsprojekte betreibt, kam es in den vergangenen Jahren zu mehreren Workshops, Arbeits- und Projektgruppen, die sich mit dem Thema Zivilreligion befassten und aus denen schließlich der Band „God Bless America. Zivilreligion in den USA im 20. Jahrhundert" hervorging. Den Verantwortlichen erscheint es nach eigener Aussage sinnvoll, „das Konzept erneut in die deutsche Diskussion einzubringen, die sich derzeit, auch im Zusammenhang von zunehmender Einwanderung und Flüchtlingskrise, verstärkt mit dem Thema Religion und Politik befasst."

Bungert und Weiß haben in ihrem im Mai 2017 erschienenen Band vor allem Historiker mit den Schwerpunkten Religion und Nordamerika, aber auch Religionswissenschaftler, Politologen und Kommunikationswissenschaftler versammelt. Anfangs steht jedoch eine Hinführung zum Thema, von Bellah über die Diskussionsverläufe in den USA als auch in Deutschland, bis hin zu Funktion und Verortung des Begriffs der Zivilreligion. Dem nun ins Thema eingeführten Leser stellen die Herausgeberinnen drei Themenblöcke in Aussicht. Im ersten Teil, „Rituale", widmen sich drei Aufsätze der praktischen Ausübung von Zivilreligion in Jubiläen der US-amerikanischen Geschichte, dem (zivil-)religiös geprägten Wahlkampf von George W. Bush im Jahr 2004, sowie der Zivilreligion im Sport am Beispiel der National Football League (NFL). Im zweiten Abschnitt wendet sich der Blick ab von der friedlichen Zivilgesellschaft hin zum Thema Krieg und befasst sich mit diesem als zivilreligiöses Ritual an sich, als auch mit den Themen „Militärdienst und Verrat" und „Nationale Feiertage als Zivilreligiöse Propagandainstrumente im Kalten Krieg". Im dritten Abschnitt, der den Titel „Religiöse und ehtnische Gruppen" trägt, gehen die Autorinnen auf die beiden Minderheiten der Evangelikalen und der Latino Christen ein, diskutieren den Zusammenhang von Zivilreligion und Rasse und tauchen noch einmal tief in den fachlich-theoretischen Diskurs ein: Raymond J. Haberski, Jr., Professor für Amerikanistik und Nordamerikanische Geschichte an der Indiana University-Purdue University, lässt in seinem Aufsatz „Reinhold Niebuhr, Richard John Neuhaus und Stanley Hauerwas: Ein theologischer Diskurs über die US-amerikanische Zivilreligion" ebendiese

drei berühmten Geistlichen noch einmal zu Wort kommen und offenbart die tiefgreifende Bedeutung des Diskurses, der vor allem in Jahren des Krieges immer wieder zu einer Art Kulturkampf unter Wissenschaftlern wie unter gläubigen und säkularen Amerikanern führte.

Die Autorinnen liefern mit ihrem Sammelband einen aktualisierten und gut ausgewogenen Beitrag in der in den letzten Jahren vermehrt wieder auftretenden Zivilreligionsdebatte, im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus. Mit Hilfe der anfänglichen Einführung sind die Aufsätze auch für mit der Thematik weniger vertraute Leser verständlich und unterhaltsam verfasst. Abwechslungsreiche Beiträge zeigen das breite Spektrum, auf dem die Theorie der Zivilreligion greift und zum Tragen kommt. Wie so oft bei derartigen Sammelbänden bleiben die Autorinnen am Ende ein Fazit und damit die Chance auf etwas umfassendes Neues innerhalb der Diskussion schuldig, ein Anknüpfen an eine grundlegende Theorie wie die von Hermann Lübbe oder Rolf Schieder bleibt leider aus. Zwischen den zahlreichen Sammelbänden zum Verhältnis von Politik und Religion in den USA, beispielsweise das von Manfred Brocker 2005 herausgegebene „God bless America“, sollte das Buch von Heike Bungert und Jana Weiß jedoch keineswegs untergehen – zu aktuell sind die behandelten Aspekte und zu bedeutsam die Zivilreligion als alleinstehendes Phänomen.

Heike Bungert, Jana Weiß (Hg.): „God Bless America“. Zivilreligion in den USA im 20. Jahrhundert“ Campus Verlag 2017, 387 Seiten, ISBN 978-3-593-50701-9

*Benedikt Bente*
*wurde 1988 geboren und wuchs im fränkischen Bamberg auf. Nach seinem Bachelor in Geschichte und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin studiert er nun an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der TU Darmstadt den Master “Politische Theorie”, in dessen Rahmen er auch ein Erasmussemester an der Karls-Universität Prag absolvierte. Von 2012 bis 2015 war er im Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen (LHG) aktiv, seit 2015 ist er Schriftführer im Präsidium des VLA.*

# Die Unruhe der Welt

*Rezension von Dr. Burkhard Luber*

“Was ist das für eine Kultur, die sich, ohne dies jemals beschlossen zu haben, der Unruhe verschrieben hat? Und wie ist sie zu diesen Vorentschiedenheiten, die in keinem Katechismus, keinem Verfassungstext oder sonstigem Verhaltenskodex festgeschrieben, gekommen?” Das ist das Thema des Buches von Ralf Konersmann. Es setzt an einem merkwürdigen Widerspruch unserer Kultur an: Einerseits unterwerfen wir uns mehr oder weniger widerstandslos den Diktaten ständiger Flexibilität; andererseits stapeln sich hunderte gut gemeinte Buchempfehlungen zur Gelassenheit und Entschleunigung in den Buchläden.

Mit akribischen Details geht der Verfasser die philosophiegeschichtlichen Entwicklungen des Begriffspaars Ruhe-Unruhe nach, von seinen mythologischen Ursprüngen bis zum endgültigen “Sieg” der Unruhe in unserer Zeit. „Wie kam es zu diesem Sieg?“, fragt Konersmann. Wie gelang es der Unruhe zum allbeherrschenden, nicht mehr hinterfragten Postulat unserer Kultur zu werden, die uns rund um die Uhr zur ständigen Mobilität zwingt und sich nicht mehr rechtfertigen muss?

Am Anfang der Unruhe-Geschichte steht der biblische Mythos einer doppelten Vertreibung: Erst werden Adam und Eva aus dem Paradies der Ruhe vertrieben. Danach findet die Vertreibung Kains statt, dem verheißen wird: “Rastlos und ruhelos wirst du auf der Erde sein”. Der Mythos deutet diese Vertreibung aus dem Reich der Ruhe als Konsequenz der menschlichen Sündhaftigkeit. Jahrhunderte später wird dieses alte Deutungsmuster unterminiert. Unruhe wird nicht mehr als Strafe verstanden, sondern als Potential, das aus dem Bereich der Sünde in ein Land ungeahnter Möglichkeiten führt. Wenn wir uns nur richtig anstrengen, wird „al-

les" schneller, besser, glücklicher. So wird die Unruhe vom Makel der Sündhaftigkeit befreit. Sie ist nicht länger ein Fluch, sondern wird nun Chance zum Besseren.

Wie kam es dazu, dass sich die westliche Kultur als eine Kultur der Unruhe verstehen lernte und diese Unruhe zu ihrer Selbstverständlichkeit wurde? Konersmanns Antwort: Aus dem Mythos der verlorenen (Paradies-)Ruhe und aus der Umdeutung der Arbeit von einem Fluch in eine ungeahnte Chance hat sich die Unruhe zwischen die Pole Erwartung und Befürchtung aufgespannt. Heute ist die Unruhe die unangefochtene Siegerin, die sich nicht mehr rechtfertigen muss. Ihr Versprechen ist allgemeingültig: Dass die Dinge, so wie sie sind, nicht bleiben werden, dass sie sich ändern können, ja ändern müssen. So infiziert die Unruhe die Rhetorik die gesamte Gesellschaft: Flexibilität, Bewegung, Verfügbarkeit sind Chiffren, die sowohl die Führungsetagen der Konzerne als auch die ökologischen und sonstigen Widerstandsbewegungen dominieren.

Und dennoch stecken hinter der Allmacht des Veränderungswahns immer auch noch Reststücke des Ruhe-Mythos, nach dem wir uns sehnen. So zitiert Konersmann am Schluss Hölderlins Sentenz "So eile denn zufrieden". Hier wird die Unruhe weder verklärt noch verdammt, sondern wir lassen uns auf sie ein. Wir tun dies nicht aus Ärger oder Verzweiflung, sondern mit Zufriedenheit. Wenn das geschieht, erscheint eine Ruhe zweiten Grades und mit ihr einhergehend eine neue Unruhe, die ihr Maß kennt und damit ihre Bedrohlichkeit verloren hat.

Konersmann hat ein großartiges Buch geschrieben. Mit bestechender Logik entschlüsselt er an Hand einer einzigen Kategorie die Menschheitsgeschichte. Dass die Spannung beim Lesen erhalten bleibt, beruht auch auf Konersmanns abwechslungsreichem Stil: Oft mit großer analytischer Strenge, fast Kühle; dann aber auch mit leichter Ironie und stellenweise sogar mit angemessener Pädagogik. In den Text hinein präsentiert Konersmann zusätzlich zwölf mit großer Klugheit ausgewählte und interpretierte Abbildungen von Kunstwerken, die sein Thema auch optisch nahebringen.

Das Buch mutet mit seinem Materialreichtum und der sehr detaillierten Beweisführung dem Leser allerhand zu, belohnt ihn aber auch mit einer eindrucksvollen, überzeugend dargelegten neuen Perspektive auf immerhin über zweitausend Jahre Geschichte.

Zwei Jahre später hat Konersmann ein weiteres Buch herausgebracht: "Wörterbuch der Unruhe", das seinen ersten Text in eindrucksvoller Weise ergänzt und verdeutlicht. Dort präsentiert er grundlegende Begriffe rund um die Unruhe wie z.B. Warten, Gelassenheit, Krise, Langeweile, Veränderung u.a. Auch hier erweist sich der Autor als ein weit ausholender Denker und sprachmächtiger Schreiber. Allerdings weist auch das zweite Buch die gleiche Leerstelle auf wie das erste: Die Kategorie der Politik wird nur peripher behandelt. So fehlt z.B. der doch politisch so omnipotente Begriff des Wachstums, der die politische Debatte immer wieder befeuert. Aber das Layout des neuen Buches überzeugt voll: Mit einem tiefsinnigen Vorwort, dem reich gefüllten Wörterbuch-Teil, dem profunden Abschnitt der Belege und einem sehr instruktiven Register. So ist auch der zweite Band von Konersmann ein eindrückliches sprachliches Kaleidoskop unserer Kultur, wo wir auf die verschiedenen Facetten der Unruhe wie in einen Spiegel unserer Zeit blicken.

Ralf Konersmann:
Die Unruhe der Welt. 461 Seiten.
2015. 24.99 Euro
Wörterbuch der Unruhe. 351 Seiten.
2017. 24 Euro
Beide Bücher sind im S. Fischer Verlag erschienen

*Dr. Burkhard Luber*
*Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Promotion in Friedensforschung. Zur Zeit Universitäts-Dozent für Internationale Politik, Redakteur in der Zeitschrift "Das Milieu und Mitarbeiter beim Empowerment Programm von Wedu" in Südostasien*

*hubluber@web.de / http://www.dasmili.eu/autoren/dr-burkhard-luber/*

# Nachgelagerte Studiengebühren

*von Christian Krauss*

Drei Schritte für eine erfolgreiche Einführung von Studienbeiträgen
Die FDP hat in den letzten Jahren nicht nur einen Veränderungsprozess im politischen Stil und im Auftritt vollzogen, sondern auch in der inhaltlichen Ausrichtung. So auch bei den Studienbeiträgen. Im aktuellen Wahlprogramm bekennt sich die FDP dezidiert zu Studienbeiträgen und hat ihr Konzept ausgebaut, unter anderem auch auf Initiative des LHG Bundesverbandes.

Politisch stehen die Freien Demokraten mit dieser Forderung allein auf weiter Flur. Keine weitere Partei traut sich, sich dieser Thematik anzunehmen. Die reale Umsetzung scheint unerreichbar.
Doch angesichts der weiter klammen Länderhaushalte, der nahenden Schuldenbremsen und dem Weiterbestehen des Kooperationsverbotes scheint ein rascher politischer Kurswechsel nicht unwahrscheinlich.
Daher müssen wir uns heute schon darauf vorbereiten.

Bei einer Wiederimplementierung müssen folgende Aspekte zwingend umgesetzt werden:

## 1) Betonung des nachgelagerten Charakters

In der vergangenen Phase der Studienbeiträge (2008–2013) war ein zu Recht artikulierter Kritikpunkt die Furcht vor einer neuen sozialen Barriere, die Studienberechtigte aus finanziell schwächeren Haushalten von einer Hochschulbildung abhalten könnte. Mit den vorgeschlagenen nachgelagerten Studienbeiträgen unterbindet man diese negative Problementwicklung. Nach dem FDP/LHG-Konzept werden die Studienbeiträge erst nach Erreichen eines Abschlusses und entsprechendem Monatseinkommen bezahlt. Die Sozialverträglichkeit wird dadurch garantiert. Mit dieser Modalität erreichen wir eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung.

## 2) Hochschule soll selbst über die Einführung der Studienbeiträge entscheiden

Obwohl die Hochschulen durch die Studienbeiträge deutlich mehr Geld im Budget hatten, haben sich neben den Studierenden auch die Hochschulleitungen davon distanziert. Um die künftige Akzeptanz zu steigern, muss jede Hochschule für sich selber entscheiden, ob sie Studienbeiträge erheben möchte. Jede Hochschule kann wählen, ob für sie individuell der Wettbewerbsvorteil (höheres Budget) oder der Wettbewerbsnachteil (abschreckende Wirkung) der Studienbeiträge überwiegt. Die Hochschulen werden innerhalb ihrer Gremien mit allen Statusgruppen eine Meinungsbildung vorantreiben müssen. Dieser Prozess erhöht die politische Akzeptanz der Studienbeiträge.

## 3) Integration der Studierenden bei der Verwendung der Studienbeiträge

Eine erfolgreiche Umsetzung von Studienbeiträgen ist nur dann möglich, wenn der Rückhalt in der Studierendenschaft ausreichend groß ist. Um diesen Rückhalt zu erreichen, müssen die Studierenden bei der Entscheidung über die Verwendung der Gelder mit einbezogen werden. Es ist nur logisch, dass die Akzeptanz steigt, wenn die Zahler selbst mitentscheiden können und selbst erkennen, zu welchen Qualitätsverbesserungen ihr Geld und ihre Entscheidung führen. Die FDP folgt in diesem Punkt der LHG-Programmatik.

*Christian Krauss (22), studiert an der Universität Gießen Zahnmedizin im 9. Semester und ist im LHG-Bundesvorstand für Programmatik zuständig*

# ARNO-ESCH-Preis

*von Prof. Dr. Günther Heydemann*

Exposé zu einer Überarbeitung bzw. Modifizierung

**I. Gegenwärtige Situation**

Durch Conventsbeschluss des VLA vom 15. Mai 1989 wurde der Arno-Esch-Preis (im Folgenden: AEP) geschaffen und im Jahre 1990 erstmals verliehen.
Der Preis wird alle zwei Jahre zum Gedenken an Arno Esch und seine fünf liberalen Weggefährten, die wegen ihres mutigen Kampfes gegen die Diktatur und ihres persönlichen Einsatzes für die Demokratie in der DDR im Jahre 1951 in Moskau hingerichtet wurden, mit der Zielsetzung verliehen, „einzelne Studenten, Studenteninitiativen und -verbände" zu fördern und zu unterstützen, „die Staatsbürgerrechte im Raum der Hochschule wahrnehmen, insbesondere indem sie mit Zivilcourage Beispiele für die Wahrnehmung von Bürgerrechten im Raum der Hochschule setzen und/oder weltoffenes, fachübergreifendes studium generale

und/oder das Einüben öffentlicher Tugenden in der Hochschule initiieren und praktizieren, insbesondere neue Formen konsensstiftenden wissenschaftlichen Disputes und öffentlicher freier Rede pflegen."

Bisher ist der Preis vierzehn Mal verliehen worden, letztmalig im Vorjahr 2016, wobei die Preisträger jeweils einen Geldpreis in Höhe von 1200 Euro erhielten.

Eine Jury von sieben Personen entscheidet mit einfacher Mehrheit über die PreisträgerInnen, der nach Wahl durch den Convent der VLA vom 5. Juni 2017 mit einer Amtszeit bis 2021 Prof. Dr. Günther Heydemann (Vorsitzender), Dr. Günter Kröber, Heike Moser, Dr. Volker Erhard, Katja Urbatsch, Dr. Michael Daemgen und Harald Hofmann angehören.

**II. Reformbedarf**

1. Die inzwischen seit fast 30 Jahren durchgeführte Verleihung des AEP scheint auf den ersten Blick keinen Reformbedarf an sich erfordern, zumal bisher StudentInnen und Studentengruppen bzw. –initiativen den Preis erhalten haben, die allesamt Inhalt und Intention seiner Satzung in der einen oder anderen Weise entsprachen.
Doch gilt es gleichzeitig festzustellen, dass der AEP vornehmlich nur innerhalb des VLA sowie Mitgliedern der FDP, jedoch nicht allen, bekannt ist. Es gelang in den fast 30 Jahren seiner Vergabe leider nicht, den Preis auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das stellt ein Defizit dar, da es die Bedeutung des AEP, nämlich das dezidierte Eintreten gegen autoritäre bzw. diktatorische Politik und das Engagement für die Demokratie relativiert. In gewisser Weise, so könnte man hinzufügen, verblasst dadurch auch der mutige politische Einsatz und das individuelle Opfer von Arno Esch und seinen Gefährten.
Aufgabe der Jury und des VLA sowie Anhängern und Sympathisanten der FDP und des Liberalismus sollte es daher in den nächsten Jahren sein, den AEP stärker in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um dessen ideelle und inhaltliche Bedeutung im Hinblick auf politische Zivilcourage hervorzuheben, ganz besonders in der gegenwärtigen Welt wachsender autoritärer bzw. diktatorischer Herrschaftsstrukturen sowie antidemokratischer Bestrebungen und Tendenzen.

Fazit: Der AEP sollte in Deutschland, mithin auf nationaler Ebene, an Bekanntheit und Bedeutung gewinnen, um eventuell auch international ausstrahlen zu können.

2. Zu der Tatsache, dass der AEP bereits in Deutschland kaum bekannt ist, hat zweifellos auch beigetragen, dass das Preisgeld mit 1200 Euro zu niedrig ist. Bei der Vielzahl von Preisen, die inzwischen in Deutschland verliehen werden, geht der AEP, so mühsam das Preisgeld auch teilweise durch Privatspenden aufgebracht wird, was nicht vergessen sei, unter. Eine markante Erhöhung des Preisgeldes sollte daher angestrebt werden (mindesten 3000 Euro), sei es durch die Anwerbung weiterer Mittel von Seiten Dritter sowie durch die Friedrich-Naumann- und/oder Theodor-Heuss-Stiftung bzw. die FDP. Letztere müsste nach dem Wahlsieg bei der letzten Bundestagswahl ohnehin ein erster Ansprechpartner sein.

*Prof. Dr. phil. Günther Heydemann hatte den Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte am Historischen Seminar der Universität Leipzig von 1992 bis 2016 inne und war Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden von 2009 bis 2016. Günther Heydemann ist seit 2017 Vorsitzender der Jury des ARNO-ESCH-Preises.*

VERBAND
LIBERALER
AKADEMIKER

# ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

**Verband Liberaler Akademiker e.V. | Westendallee 108 | 14052 Berlin**

info@liberale-akademiker.de

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Liberaler Akademiker, Seniorenverband Liberaler Studenten e.V. (VLA). Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen.

Den Mitgliedsbeitrag setze ich auf jährlich _____ € fest.

Mindestjahresbeitrag: 75 € | Studierende 20 € (in den ersten drei Mitgliedsjahren)

Name, Vorname

Straße Hausnr.

PLZ Ort

E-Mail-Adresse

Telefon Beruf*

Wissensgebiete*

Meine Daten sind für die LHG verfügbar* [ ] Ja [ ] Nein * freiwillige Angabe

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Arbeit des VLA erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden und der Versand auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten VLA für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial per Post und E-Mail nutzt. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

ORT, DATUM UNTERSCHRIFT

**Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats für meine Mitgliedsbeiträge**

Gläubiger-Identifikationsnummer DE49VLA00000027411 Mandatsreferenz: wird separat mitgeteilt

Ich ermächtige den VLA, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VLA auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen ist es mir möglich, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber_in Kreditinstitut

BIC IBAN

ORT, DATUM UNTERSCHRIFT

Der Glöckner von Notre Dame
S. Fischer Verlag
Jakob Wassermann
Christoph Columbus
der Don Quichote des Ozeans
Im Weste
nich
Neues